



Beteiligungsbericht 2006

erstellt auf der Grundlage
der Geschäftsberichte 2005

Versorgungsunternehmen
Verkehrsunternehmen
Rundfunk
Gemeinnützige Wohnungsbau-
gesellschaften
Wirtschaftsförderung
Sonstige Beteiligungen

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Vorwort	2
II. Gesetzliche Grundlagen	3
III. Auswirkungen auf den Kreishaushalt	4
IV. Beteiligungen des Oberbergischen Kreises	
1. Versorgungsunternehmen	
1.1 Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE)	6
1.2 Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH	7
1.3 Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH (Konzern)	13
1.4 Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) AVEA GmbH & Co. KG (mittelbare Beteiligung)	23
2. Verkehrsunternehmen	
2.1 Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG)	26
2.2 Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) (mittelbare Beteiligung)	34
2.3 Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) (mittelbare Beteiligung)	39
3. Rundfunk	
3.1 Radio Berg GmbH & Co. KG	43
4. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften	
4.1 Bauverein Dieringhausen Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft	46
4.2 Gemeinnütziger Wohnungsverein Gummersbach eG	47
4.3 Kreisbaugenossenschaft Waldbröl eG	48
4.4 GBW Gemeinnütziger Bauverein eG Wipperfürth	49
5. Wirtschaftsförderung	
5.1 Oberbergische Aufbau GmbH	50
5.2 GTC - Gründer- u. TechnologieCentrum Gummersbach GmbH	56
5.3 Naturarena Bergisches Land GmbH	61
5.4 Standortmarketing Region Köln/Bonn GmbH (mittelbare Beteiligung)	62
5.5 Steinmüller-Förderzentrum Gummersbach für Aus- u. Weiterbildung GmbH	63
6. sonstige Beteiligungen	66

I. Vorwort

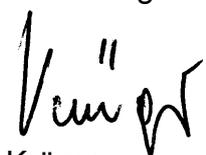
Der Oberbergische Kreis hat als Gebietskörperschaft für seine Einwohner eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Die unternehmerische Tätigkeit ist für die öffentliche Verwaltung nicht die regelmäßige Form der Aufgabenerfüllung. Dies gilt insbesondere für den Oberbergischen Kreis, der im Gegensatz zu seinen Gemeinden keinen Eigenbetrieb hat. Gleichwohl beteiligt sich auch der Oberbergische Kreis im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben an wirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts. Der gemäß der Gemeindeordnung zu erstellende und jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht dient dabei nicht nur der politischen Vertretung des Oberbergischen Kreises, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern, um einen umfassenden Einblick in die bestehenden Beteiligungen und deren wirtschaftliche Betätigung zu bekommen.

Gegenüber dem Beteiligungsbericht 2005 ist der Oberbergische Kreis folgende neue Beteiligungen eingegangen. Der Kreistag des Oberbergischen Kreises hat in seiner Sitzung am 10.03.2005 der Gründung einer Tochtergesellschaft zum Erwerb einer Klinik in Bergisch Gladbach durch das Kreiskrankenhaus Gummersbach zugestimmt. Gleichfalls wurde die Gründung einer Tourismus-GmbH mit dem Rheinisch-Bergischen-Kreis beschlossen. In seiner Sitzung vom 08.06.2006 hat der Kreistag der Gründung von zwei Tochtergesellschaften der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH und damit einer mittelbaren Beteiligung des Oberbergischen Kreises hieran zugestimmt. Das Kreiskrankenhaus Gummersbach beabsichtigt die Gründung eines sog. Medizinischen Versorgungszentrums, der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2006 der Beteiligung zugestimmt.

Beide Kreiskrankenhäuser sind – wie viele andere kommunale Kliniken – in einer wirtschaftlichen schwierigen Situation. Es ist damit zu rechnen, dass die Personalkostensteigerungen und die Abrechnungsverhandlungen mit den Krankenkassen sowie sinkende Landeszuschüsse zu weiteren finanziellen Belastungen führen. Ferner steigen die Energiekosten und die Umsatzsteuererhöhung auf 19 % wird für einen weiteren Kostenanstieg verantwortlich sein. Zudem können die Auswirkungen der Gesundheitsreform noch nicht beurteilt werden.

Der vorliegende Beteiligungsbericht bietet seinen Lesern eine umfassende Zusammenstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften, aber auch Erläuterungen, die für die kommunale Praxis sehr hilfreich sein werden.

Im Auftrag



Krüger

Kreiskämmerer

Gummersbach, den 21.12.2006

II. Gesetzliche Grundlagen

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist in den §§ 107 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) alter Fassung geregelt. Gemäß § 53 Abs. 1 der Kreisordnung (KrO) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Kreise die Vorschriften der Gemeindeordnung entsprechend.

Die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde wird durch die gesetzliche Vorgabe des § 107 GO eingeschränkt. Sie ist nur zulässig, wenn

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Darüber hinaus bestimmt § 108 Abs. 1 GO für die Gründung oder Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen u. a.,

- dass eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag beschränkt,
- die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht und
- die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet.

Besondere Vorschriften gelten für Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen von mehr als 50 % (§ 108 Abs. 2 GO). Die Gemeinde hat insbesondere darauf hinzuwirken, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Im Gegensatz zu den Grundsätzen der öffentlichen Finanzwirtschaft soll die Unternehmertätigkeit der Gemeinde Gewinne für den Haushalt abwerfen (§ 109 Abs. 1 GO). Hierbei geht allerdings auch die Aufgabenerfüllung („öffentlicher Zweck“) vor.

Keine wirtschaftliche Betätigung (§ 107 Abs. 2) im Sinne der GO ist der Betrieb von

- Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind (z. B. im Bereich Erziehung, Bildung, Kultur, Sport, Erholung, Gesundheits- oder Sozialwesen)
- Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen und
- Einrichtungen des Umweltschutzes (z. B. Abfallentsorgung).

III. Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Die Beteiligungen des Oberbergischen Kreises wirken sich sowohl auf den Vermögens- als auch auf den Verwaltungshaushalt aus.

Zum Anlagevermögen gehören laut Definition des § 45 Ziffer 2.4 Gemeindehaushaltsverordnung (a. F.) auch Beteiligungen, sowie Wertpapiere, die die Gemeinde zum Zweck der Beteiligung erworben hat. Veränderungen (z. B. durch Verkauf von Aktien oder Erwerb von Geschäftsanteilen) sind daher im *Vermögenshaushalt* zu veranschlagen.

Die Auswirkungen auf den *Vermögenshaushalt* waren auch im Rechnungsjahr 2005 gering. Die Ausgaben ergeben sich durch die Erhöhung bzw. Übernahme von Geschäftsanteilen, insbesondere durch die Kapitaleinlage (7.500 €) im Zusammenhang mit der Gründung der Naturarena. Bei den Einnahmen ist im Wesentlichen die Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens von Radio Berg zu nennen.

Im prozentualen Vergleich zum Gesamthaushalt fallen die Einnahmen aus Beteiligungen im *Verwaltungshaushalt* nicht ins Gewicht, sofern man die Zahlung des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes in Höhe von 500 T€ unberücksichtigt lässt. Ebenfalls unberücksichtigt ist der Anteil am Reingewinn der Kreissparkasse i. H. v. 263 T€. Die Einnahmen aus Dividenden (insb. RWE-Aktien) betragen rund 80 T€, der Anteil am Gewinn bei Radio Berg beträgt rd. 10 T€. Gemessen am Gesamtvolumen des Verwaltungshaushalts 2005 (RE) machen die Einnahmen von rd. 90 T€ aus den zuletzt genannten Beteiligungen nur 0,04 % aus.

Auf der Ausgabenseite sind die Fehlbetragsabdeckungen für die OVAG (612 T€), den Verkehrsverbund/VRS (67.000 €), das GTC Gummersbach (6.500 €) und den Verband der kommunalen RWE-Aktionäre (537 €) erfasst. Die Ausgaben im Rahmen der Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen liegen somit bei 0,3 % des Gesamtausgabenvolumens (RE) im Verwaltungshaushalt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben aus Beteiligungen 2003 – 2005 an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts:

	Rechnungsergebnisse		
	2005	2004	2003
<i>Verwaltungshaushalt</i>			
Einnahmen *	93.847 €	51.503 €	28.016 €
Ausgaben	700.230 €	2.269.516 €	2.596.598 €
<i>Vermögenshaushalt</i>			
Einnahmen	227 €	11.097 €	40.950 €
Ausgaben	7.628 €	21 €	41.138 €

*) Einnahmen aufgrund Zahlungen des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes (Hhst. 7220.2100.4) oder der Anteil am Reingewinn der Kreissparkasse (Hhst. 8700.2100.1) sind hier nicht berücksichtigt.

IV. Beteiligungen des Oberbergischen Kreises

(Stand: 31.12.2005)

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE)

Opernplatz 1
45128 Essen
Telefon: (02 01) 12-00
Telefax: (02 01) 12-1 51 99

E-Mail: contact@rwe.com
Internet: www.rwe.com

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Erwerb, der Betrieb von Energieanlagen, die der Erzeugung, Fortleitung oder Abgabe an Elektrizität, Gas oder Fernwärme dienen, sowie die Beteiligung an solchen Unternehmen.

Beteiligungsverhältnisse

Grundkapital 1.440 Mio. €

davon

Beteiligung des Oberbergischen Kreises	(Nominalwert)	133.447,18 €	=	u. 0,1 %
Börsenwert (Tiefstkurs 2005: 41,10 €)		rd. 2,145 T€		
<small>(Tiefstkurs 2003: 17,68 €; Tiefstkurs 2004: 29,70 €)</small>				

Aktienbestand des Oberbergischen Kreises	52.200 Stück Stammaktien (Nennwert je Aktie 5 DM)
--	---

Kommunale Aktionäre ca. 31 %

Die weiteren Aktionäre bzw. die Höhe der jeweiligen Beteiligung sind hier nicht bekannt.

Organe

Aufsichtsrat

Vorstand

Wirtschaftsbeirat

Generalversammlung

Vertreter des Kreises (GV):

- Hagen Jobi
- Ursula Mahler

Rechnungsergebnisse 2003 – 2005

	2005	2004	2003
<i>Verwaltungshaushalt</i>			
Einnahmen (Dividende)	83.807 €	51.482 €	46.693 €
Ausgaben (VKA)	537 €	537 €	537 €

Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH *(unmittelbare Beteiligung)*

Postfach 34 51
51534 Waldbröl
Telefon (0 22 91) 82-0
Telefax (0 22 91) 82-16 00

E-Mail: info@kkh-waldbroel.de
Internet: www.kkh-waldbroel.de

einschließlich Tochterunternehmen:
KARO GmbH – Gesellschaft für kardiologische ambulante Rehabilitation Oberberg.

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses mit dem Ziel einer ausreichenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung in dem Einzugsgebiet durch ein bestmögliches medizinisches Angebot unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 1.022.583,76 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	613.550,26 €	=	60,0 %
Stadt Waldbröl	76.693,78 €	=	7,5 %
Gemeinde Morsbach	51.129,19 €	=	5,0 %
Gemeinde Reichshof	51.129,19 €	=	5,0 %
Stadt Wiehl	51.129,19 €	=	5,0 %
Gemeinde Nümbrecht	51.129,19 €	=	5,0 %
Gemeinde Windeck	76.693,78 €	=	7,5 %
Gemeinde Ruppichteroth	51.129,19 €	=	5,0 %

Organe

Gesellschafterversammlung
Verwaltungsrat
Geschäftsführung

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2005
Gewinn- und Verlustrechnung
Lagebericht der Geschäftsführung

Seite 9
Seite 10
Seite 11

Fortsetzung **Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH**

Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte des Oberbergischen Kreises

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Vorsitzender: Landrat Hagen Jobi,
Oberbergischer Kreis, Ursula Mahler,
Stadt Waldbröl, Christa Hertrich,
Gemeinde Morsbach, Frank Sonza-Reorda,
Gemeinde Reichshof, Karl Bodo Leienbach,
Stadt Wiehl, Angelika Banek,
Gemeinde Nümbrecht, Peter Hilbig,
Gemeinde Windeck, Frank Zähren,
Gemeinde Ruppichteroth, Rita Winkler

Geschäftsführung:

Dr. Klaus Bellingen
Michael Kirch (stellv. Geschäftsführer)

Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH

Bilanz

	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
	EUR	EUR	EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	94.495	133.692	79.812
Sachanlagen	18.257.442	18.849.790	18.685.821
Finanzanlagen	32.314	33.104	21.372
Umlaufvermögen			
Vorräte	2.632.536	2.835.241	2.631.872
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	7.410.419	6.461.752	7.264.456
Wertpapiere des Umlagevermögens	70.029	0	0
Bankguthaben	1.129.769	522.547	3.544.296
Ausgleichsposten nach dem KHG	1.892.745	1.884.631	1.860.573
Rechnungsabgrenzungsposten	45.790	25.671	27.451
Bilanzsumme	31.565.538	30.746.429	34.115.653
PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	1.022.584	1.022.584	1.022.584
Kapitalrücklagen	6.494.000	6.494.000	6.494.000
Gewinnrücklagen	9.520.135	11.886.295	14.251.553
Sonderposten mit Rücklageanteil			
Sonderposten (KHG) u. Zuschüsse	3.022.687	3.730.609	4.375.415
Rückstellungen	1.254.111	1.143.129	1.368.290
Verbindlichkeiten			
gegenüber Kreditinstituten	3.426.296	3.842.415	3.655.536
aus Lieferung und Leistung	952.171	1.380.856	1.579.803
nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	4.695.566	0	0
sonstige Verb.	1.175.161	1.228.972	1.318.933
Ausgleichsposten nach dem KHG	0	12.415	49.209
Rechnungsabgrenzungsposten	2.827	5.155	330
Bilanzsumme	31.565.538	30.746.429	34.115.653

Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH

GuV

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
Umsatzerlöse u. sonst. betriebl. Erträge	43.769.689	43.153.282	42.331.112
Personalaufwand	29.360.439	28.891.559	27.983.724
Materialaufwand	11.483.706	11.335.069	11.199.983
Zwischenergebnis	2.925.544	2.926.654	3.147.406
weitere Aufwendungen u. Erträge	1.474.135	1.468.415	1.112.361
Abschreibungen	1.994.441	2.062.670	1.840.618
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.642.067	4.463.914	3.230.852
Zwischenergebnis	-2.236.829	-2.131.516	-811.703
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
und Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-108.527	-136.485	-8.097
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.345.356	-2.268.001	-819.800
Steuern	20.804	97.257	55.124
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2.366.160	-2.365.258	-874.924
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	2.366.160	2.365.258	874.924
Bilanzgewinn/-verlust	0	0	0

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
Anlagenintensität	58,2%	61,8%	55,1%
Eigenkapitalquote	58,8%	69,2%	70,2%
Fremdkapitalquote	41,2%	30,8%	29,8%
Personalaufwandsquote	67,1%	67,0%	66,1%
Materialaufwandsquote	26,2%	26,3%	26,5%
Abschreibungsquote	4,6%	4,8%	4,3%
Umsatzrentabilität	-5,4%	-5,5%	-2,1%

Planbetten	375	375	398
Pflegetage	99.524	101.419	108.887
DRG-Fallzahl	14.475	14.103	14.817
Verweildauer in Tagen	6,88	7,19	7,35
Auslastung/Nutzungsgrad (in %)	72,71	71,61	74,95
Personaleinsatz Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	555	566	553
Erlöse aus Krankenhausleistungen (TEUR)	35.459	33.878	33.656

Fortsetzung **Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH**

L a g e b e r i c h t

Allgemeines

Die Entwicklung im Krankenhausbereich ist durch Kopplung der Budgetentwicklung an die grundlohnbezogene Beitragsentwicklung der Krankenkassen gekennzeichnet. Das Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH war im Jahr 2005 an einer Betriebsstätte tätig. Die Tätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auch weiterhin auf den Krankenhausbereich. Die Pflegesatzverhandlungen, die am 28. Juli 2005 abgeschlossen wurden, erfüllen aufgrund der gesetzlichen Vorgaben die Beitragssatzstabilität bei den Krankenkassen

Aufgabenstellung

Das Krankenhaus umfasst 375 Betten. Diese verteilen sich auf sieben Fachabteilungen (einschließlich Intensivmedizin und zwei Belegabteilungen). Die Ausbildung des Pflegepersonals wird in dem gemeinsam mit dem Kreiskrankenhaus Gummersbach gegründeten Gesundheits- und Bildungszentrum, Oberberg, durchgeführt. Das Krankenhaus wird nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) öffentlich gefördert

Leistungszahlen 2005

Die Angaben beinhalten keine Überlieger zum Jahresbeginn und zum Jahresende

Berechnungs- und Belegungszahlen	99.524
Fahlzahlen nach DRG-Zählweise E1	14.475
Verweildauer in Tagen	6,88

Die stationären Leistungen des Krankenhauses werden nach den Regelungen des KHEntgG vergütet. In der ambulanten Leistungserbringung kann für das Jahr 2005 eine Steigerung verzeichnet werden, die sich vor allem durch die Verlagerung von stationären Leistungen in den ambulanten Sektor erklärt

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2005 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 1.235 TEUR getätigt. Davon entfallen 380 TEUR auf den Fördermittelbereich. Die Finanzierung stellt sich wie folgt dar:

Gefördert nach § 9 Abs. 3 KHG, § 25 Abs. 1 KHG NRW	380 T€
Aus Eigenmitteln bzw. über den Pflegesatz finanziert	855 T€

Im Geschäftsjahr 2005 wurde mit Bescheid vom 21. Oktober 2005 die Ersatzbeschaffung eines Linksherz-kathetermessplatzes in Höhe von 846 TEUR durch die Bezirksregierung Köln genehmigt.

Mit Bescheid vom 20. September 2006 wurde der Bau einer Membranfilteranlage zur Behandlung von Krankenhausabwasser in Höhe von 2.034 TEUR genehmigt. Mit Fertigstellung dieser Anlage wird Ende 2007 gerechnet. Mit Bescheid vom 23. Dezember 2005 wurde die Errichtung einer Palliativ-Station mit 6 Betten in Höhe von 1.000 TEUR genehmigt. Mit Fertigstellung der Maßnahme wird im Kalenderjahr 2008 gerechnet. Es wird damit gerechnet, dass für diese Maßnahmen keine wesentlichen Eigenmittel eingesetzt werden. Im Jahr 2006 wird die Anschaffung eines Computertomographen sowie eines C-Bogens erfolgen, deren Finanzierung aus pauschalen Fördermitteln vorgesehen ist.

Besonderheiten

Die am 21. Dezember 2004 von der Krankenhaus Waldbröl GmbH und der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH zu gleichen Anteilen gegründete Gesundheits- und Bildungszentrum Oberberg GmbH umfasst 225 Ausbildungsplätze. In diesem Bildungszentrum werden qualifizierte Pflegekräfte für die Krankenhäuser Waldbröl und Gummersbach ausgebildet.

Personalbereich

Wie in den Vorjahren ist ein Teil der Personalkosten nicht durch das Budget gedeckt. Dies ist durch die negative Entwicklung der Tarifabschlüsse im Verhältnis zu den linearen Steigerungen der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen der Vorjahre begründet.

Vermögens-, Finanzlage- und Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich nicht verbessert. Der Jahresfehlbetrag beträgt 2.366 TEUR nach 2.365 TEUR im Vorjahr. Gegenüber dem Vorjahr konnten die stationären Erlöse gesteigert werden und im ambulanten Bereich durch Reorganisation der OP-Abläufe das Potential, Mehrerlöse zu erzielen, erhöht werden. Durch Anbindung an eine Einkaufsgemeinschaft konnten im Sachkostenbereich Kostenreduzierungen erreicht werden. Durch Verbesserungen in der Labororganisation konnte im Berichtsjahr begonnen werden, Personal- und Sachkosten einzusparen, was sich in den Folgejahren positiv fortsetzen wird.

Der Personalaufwand ist durch -11,4 VK entlastet, jedoch durch 1,5 %-Punkte Anstieg in der Altersversorgung durch das Sanierungsgeld mit rund 330 TEUR belastet. Durch die Absicherung der Altersteilzeit sind zusätzlich rund 119 TEUR Belastung entstanden. Die Vermögenslage ist durch eine Überdeckung von langfristig zur Verfügung stehendem Kapital über langfristig gebundenes Vermögen gekennzeichnet. Die Überdeckung beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 3,4 Mio. EUR. Gegenüber dem Vorbilanzstichtag stellt dies eine Veränderung um - 2,6 Mio. EUR dar. Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf dem Cashflow von - 1,8 Mio. EUR und den Eigenmittelinvestitionen von rund 1,0 Mio. EUR.

Ausblick und Risiken der künftigen Entwicklung

Es ist davon auszugehen, dass die zukünftigen Personalkostensteigerungen aufgrund der Tarifvertragsänderungen durch Fortschreibung der grundlohnbezogenen Budgetierung nicht gedeckt sind. Im Vergleich zum landesweiten Basisfallwert für Nordrhein-Westfalen von 2.679,80 EUR für das Jahr 2005 liegt der krankenhausindividuelle Basisfallwert mit 2.580,76 EUR noch niedriger. Hier erfolgt im Rahmen der Konvergenzphase eine positive schrittweise Anpassung für das Haus.

Durch Ausgliederung in die Tochtergesellschaften im Jahr 2006 wird dem Anstieg der Personal- und Sachkosten Rechnung getragen, so dass entsprechende Kostenreduzierungen erreicht werden können.

Die im laufenden Geschäftsjahr notwendige Bereitstellung des Kontokorrentkredites hat die Auszahlungen gedeckt. Im Folgejahr muss der zur Verfügung gestellte Kontokorrentrahmen ebenfalls die Auszahlungen sichern. Die Liquidität, die zur Zeit nicht aus eigener Kraft aufzubringen ist, muss durch Kostensenkung wieder hergestellt werden.

Waldbröl, 3. Juli 2006

gez. Dr. Klaus Bellinghen
Geschäftsführer

Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH *(unmittelbare Beteiligung)*

Postfach 10 05 64

51605 Gummersbach

Telefon (0 22 61) 17-15 01

Telefax (0 22 61) 17-20 02

E-Mail: info@kkh-gummersbach.de

Internet: www.kkh-gummersbach.de

einschließlich Tochterunternehmen:

GKD GmbH - Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH, Gummersbach

RPP GmbH - Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH, Gummersbach

PSK Psychosomatische Klinik Bergisch Gladbach (ab Mitte 2005)

GBZ Gesundheitsbildungszentrum Oberbergischer Kreis (ab Mitte 2005)

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Ziel des Krankenhauses (Betrieb Gummersbach und Marienheide) ist eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung in den Einzugsgebieten der bisherigen Krankenhäuser Bergneustadt und Gummersbach, sowie in dem auf das Gebiet des Oberbergischen Kreises und Teile des Rheinisch-Bergischen Kreises festgelegten psychiatrischen Einzugsgebietes durch ein bestmögliches medizinisches Angebot unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 1.073.712,95 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	434.598,10 € = 40,48 %
Landschaftsverband Rheinland	357.904,32 € = 33,33 %
Stadt Gummersbach	281.210,53 € = 26,19 %

Organe

Gesellschafterversammlung

Verwaltungsrat

Geschäftsführung

Sonstiges

Konzern-Bilanz zum 31.12.2005

Seite 15

Gewinn- und Verlustrechnung

Seite 16

Lagebericht der Geschäftsführung

Seite 17

Fortsetzung **Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH**

Dem Verwaltungsrat gehörten im Geschäftsjahr 2005 an:

für den Oberbergischen Kreis

Herr Landrat Hagen Jobi, Vorsitzender
Frau Larissa Bödecker
Herr Paul-Gerhard Schmitz
Herr Wolfgang Schuffert
Frau Renate Bickenbach
Frau Doris Schuchardt-Kaganietz
Herr Ulrich Heu

für den Landschaftsverband Rheinland

Herr Udo Molsberger
Herr Konrad Frielingsdorf
Herr Rainer Kukla
Herr Bernd Paßmann
Herr Stefan Peil
Frau Günter Stricker

für die Stadt Gummersbach

Herr Bürgermeister Frank Helmenstein, stellv. Vorsitzender
Herr Heinz-Uwe Tholl
Herr Karl-Otto Schiwiek
Herr Christoph Schmitz
Frau Hanna Rupe

als Arbeitnehmervertreter

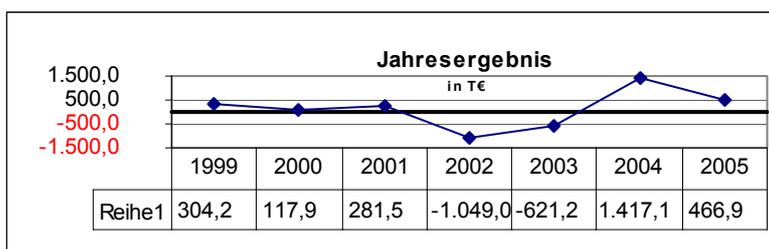
Herr Dr. med. Ulrich Lehmann
Frau Anne Adolphs
Herr Volkmar Engelbert

Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH

Konzern-Bilanz

AKTIVA	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	213.407	234.024	313.362
Sachanlagen	72.931.224	64.445.987	62.938.848
Finanzanlagen	497.944	163.831	143.922
Umlaufvermögen			
Vorräte	2.242.145	1.971.834	2.184.870
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	13.863.000	14.305.779	16.884.586
Wertpapiere	252.110	255.842	250.000
Bankguthaben	7.379.416	11.010.981	11.045.945
Rechnungsabgrenzungsposten	75.765	190.904	99.362
Bilanzsumme	97.455.012	92.579.182	93.860.895

PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	1.073.713	1.073.713	1.073.713
Kapitalrücklagen	3.075.622	3.092.539	3.109.456
Gewinnrücklagen	4.655.127	4.261.816	4.372.193
Anteile anderer Gesellschafter			
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	416.553	326.040	-1.218.378
Sonderposten mit Rücklageanteil	58.313.233	56.394.306	55.230.191
Rückstellungen	7.770.973	8.939.228	9.132.860
Verbindlichkeiten			
aus Lieferung und Leistung	2.780.273	2.807.134	3.411.854
gegenüber Kreditinstituten	7.340.163	1.367.196	1.477.620
gegenüber Gesellschaftern	218.326	597.471	597.471
sonstige	11.767.561	13.674.556	16.654.825
Rechnungsabgrenzungsposten	43.467	45.183	19.087
Bilanzsumme	97.455.012	92.579.182	93.860.895



Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH

GuV

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
Umsatzerlöse	84.753.850	77.274.711	73.843.047
Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen	108.449	-4.400	590.983
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	9.585
Sonstige betriebliche Erträge	9.311.643	9.409.175	9.029.097
Materialaufwand	18.160.305	16.251.308	16.007.662
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	49.488.158	45.327.033	44.364.146
b) Soziale Abgaben/Aufwendungen Altersversorgung	12.334.897	11.063.652	10.923.688
Zwischenergebnis	14.190.583	14.037.492	12.177.216
Abschreibungen	4.700.428	5.430.327	5.482.618
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.695.901	7.251.697	7.404.655
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	196.772	244.661	286.902
Abschreibungen auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens	3.732	478	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	382.053	125.258	115.396
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	605.240	1.474.393	-538.552
Steuern von Einkommen und vom Ertrag	122.503	45.366	71.406
Sonstige Steuern	15.829	11.904	11.283
Jahresüberschuss/Verlust	466.908	1.417.123	-621.240
Gewinn- / Verlustvortrag (aus Vorjahr)	326.040	-1.218.378	-650.571
Entnahmen aus Kapitalrücklage	16.917	16.917	16.917
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	36.516	350.076	36.516
Einstellungen in Gewinnrücklagen	429.828	239.699	0
Bilanzgewinn/Verlust	416.553	326.040	-1.218.378

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
Anlagenintensität	75,6%	70,0%	67,5%
Eigenkapitalquote	39,4%	39,9%	37,2%
Fremdkapitalquote	60,6%	60,1%	62,8%
Personalaufwandsquote	72,9%	73,0%	74,9%
Materialaufwandsquote	21,4%	21,0%	21,7%
Abschreibungsquote	5,5%	7,0%	7,4%
Umsatzrentabilität	0,6%	1,8%	negativ

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Konzern)	1.750	1.639	1.639
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	1.258	1.166	1.140
Pflegetage/Berechnungstage	215.855	216.381	202.939
Verweildauer in Tagen	10,0	10,1	10,2
Verweildauer (nur Betriebsstätte KK Gummersbach)	7,6	7,8	7,8
Krankenpflegeschule (Schülerzahl im Jahresdurchschnitt)	111	111	113

Fortsetzung **Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH**

K O N Z E R N – L A G E B E R I C H T 2 0 0 5

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Einrichtungen im Konzern

Es werden ein Allgemeines Krankenhaus mit integrierten psychiatrischen Kliniken in Gummersbach, einer Fachklinik für Psychiatrie in Marienheide und eine Fachklinik zur Behandlung von Patienten mit psychosomatischen und psychiatrischen Krankheitsbildern im stationären, rehabilitativen und ambulanten Bereich in Bergisch Gladbach betrieben. Des Weiteren gehören die Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen GKD und die Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege RPP zum Konzern. Die GKD erbringt Dienstleistungen gegenüber der Alleingeschafterin, gegenüber Schwestergesellschaften und gegenüber Dritten. Die RPP fördert das öffentliche Gesundheitswesens im Wege der Versorgung der Bevölkerung über das Einzugsgebiet Gummersbach hinweg mit ambulanter medizinischer und pflegerischer Betreuung.

Die Konzernmutter sowie die übrigen Konzerngesellschaften werden in der Rechtsform einer GmbH geführt. Träger sind der Oberbergische Kreis (40,48%) der Landschaftsverband Rheinland (33,33%) und die Stadt Gummersbach (26,19%). Organe der Konzernmutter sind der Verwaltungsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung

Gesamtwirtschaftliche / branchenbezogene / regionale Rahmenbedingungen .

Das Geschäftsjahr 2005 verlief für das Kreiskrankenhaus Gummersbach und die psychiatrischen Fachkliniken vor dem Hintergrund weiter steigender Patientenzahlen im stationären und ambulanten Sektor durchweg positiv. Das Kreiskrankenhaus Gummersbach vollzog den ersten Schritt der Konvergenzphase im Rahmen der Einführung eines Fallpauschalensystems in Deutschland. Insgesamt konnten die Budgets gesteigert werden. In den Budgetverhandlungen wurden zudem Fallzahlsteigerungen realisiert.

Im Geschäftsjahr wurde dem Kreiskrankenhaus Gummersbach, speziell der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, vom Land Nordrhein Westfalen die Anerkennung als Brustzentrum ausgesprochen. Die Psychosomatische Klinik Bergisch Gladbach nahm im Jahr 2005 als Tochtergesellschaft ihre Geschäftstätigkeit auf. Es sind dort 93 Vollkräfte beschäftigt, die 36 vollstationäre Betten zur Akutbehandlung und qualifizierten Entgiftungsbehandlung, sowie 80 vollstationäre Betten zur Rehabilitation ehemals drogen- und alkoholabhängiger Patienten betreuen. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass steigende Patientenzahlen, schwerere Krankheitsbilder und die steigenden Behandlungskosten im stationären und ambulanten Bereich noch nicht leistungsgerecht vergütet werden.

Im Bereich der GKD - Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen konnten zusätzliche Aufträge, insbesondere für Gebäudereinigung, hinzugewonnen werden. Dies fuhr im Ergebnis zu weiteren Umsatzsteigerungen und einem positiven Jahresergebnis. Die RPP - Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege konnte nur knapp ein positives Jahresergebnis erreichen. Mit Sorge muss in allen Betriebsstätten der Kostenanstieg zur Kenntnis genommen werden, der insbesondere im Energiebereich, sowie durch zunehmenden Bedarf an Instandhaltungsmaßnahmen ausgelöst wurde. Im Ergebnis führte diese Entwicklung zu einem nur bedingt zufrieden stellenden Jahresergebnis.

2. Ertragslage

Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung

Kennzahlen zur Ertragslage	2005	2004	2003	2002	2001
Umsatzerlöse (TEUR)	84.754	77.245	73.843	70.442	68.765
Umsatzentwicklung (%)	9,7	4,6	4,8	2,4	2,7
Jahresergebnis (TEUR)	467	1417	-621	-1.049	282
Betriebsergebnis	421	589	-675	-1.192	771
Investitionsergebnis	-409	-215	-230	-228	-354
Neutrales Ergebnis	455	1.053	284	371	-135
Umsatzrentabilität (%)	0,6	1,8	Negativ	Negativ	0,4
Personalaufwand (TEUR)	61.823	56.391	55.288	53.423	51.402
Personalaufwandsentwicklung (%)	9,6	2,0	3,5	3,9	1,5
Durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	1.258	1.166	1.140	1.120	1.104
Produktivität je Vollkraft (TEUR)	67,4	66,3	64,8	62,9	62,3
Personalaufwand je Vollkraft	49,1	48,4	48,5	47,7	46,6
Personalaufwandsquote (%)	69,8	70,2	71,6	73,1	72,0

Analyse Veränderung der Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse sind um rund 7,48 Mio. € gestiegen. Dies resultiert im Betriebsteil Gummersbach im Wesentlichen durch Zuwächse im Bereich Ambulantes Operieren, sowie der Behandlung ambulanter onkologischer Patienten (+400 TE UR). Im Betriebsteil Marienheide resultiert der Zuwachs aus einem deutlichen Anstieg der berechenbaren Pflegetage. Der größte Zuwachs resultiert jedoch aus der operativen Geschäftsaufnahme der PSK - Psychosomatische Klinik Bergisch Gladbach, nämlich mit 6,1 Mio. €.

Analyse Veränderung der Personalkosten

Der Konzern gehört im Oberbergischen Kreis zu den größten Arbeitgebern. Insgesamt sind 1.258 Vollkräfte beschäftigt. Im Geschäftsjahr 2005 ist der Personalaufwand um rund 9,6% gestiegen. Dies liegt im Wesentlichen an der Übernahme der PSK - Psychosomatischen Klinik Bergisch Gladbach (4,2 Mio. €). Einen nicht unerheblichen Anteil an den Personalkostensteigerungen verursachte die Zusatzversorgung der Mitarbeiter. Allein hier kam es zu einer Mehrbelastung von über 600 TEUR. Der Grund liegt in einer Anhebung des Abgabensatzes zur Sanierung der Zusatzversorgungskasse von 1% auf 2,5%.

Analyse Veränderung ausgewählte Sachkosten

In allen Gesellschaften sind die Energiekosten analog zu der Preisentwicklung angestiegen. In den psychiatrischen Fachkliniken, bzw. dem Kreiskrankenhaus Gummersbach, sind die Kosten im Bereich des medizinischen Sachbedarfs, sowie des Laborbedarf, gestiegen. Dies beruht auf den erhöhten ambulanten Leistungsmengen. Weitere Kostenanstiege sind im Instandhaltungsbereich Gebäude durch Stationsrenovierungen, sowie bei der Instandhaltung und Wartung medizinischer Geräte zu verzeichnen. Nicht unbedeutend ist die Zunahme der Kürzungen durch die Krankenkassen für die integrierten Versorgungsverträge. In der GKD sind Kostensteigerungen, insbesondere für Haushaltsverbrauchsmittel zu verzeichnen.

Umstrukturierungs- / Rationalisierungsmaßnahmen

Im Zentrum für Seelische Gesundheit - Klinik Marienheide wurden im Geschäftsjahr 2005 umfangreiche organisatorische Änderungen im Zentralbereich Aufnahme und Ambulanz durchgeführt. Ziel war es, die Übernahme der Patienten aus der ambulanten Betreuung eines Facharztes oder der eigenen ambulanten Behandlung möglichst komplikations- und reibungslos zu gestalten. Im Mittelpunkt steht die Vorgabe, jedem aufnahmepflichtigen Patienten binnen einer halben Stunde die stationäre Aufnahme einschließlich der Organisation eines belegbaren Zimmers mit Bett zu ermöglichen. Das geänderte Verfahren wird seither mit Erfolg praktiziert.

Kooperationen

Mit der DAK konnte ein Vertrag zur Integrierten Versorgung von Schlaganfallpatienten geschlossen werden. Weitere Vertragsabschlüsse sind in Planung. Des Weiteren konnte im Geschäftsjahr ein DMP - Vertrag (DMP = Disease Management Program) zur Versorgung des Diabetes Mellitus Typ 2 geschlossen werden. Das DMP Brustkrebs konnte sich etablieren, so dass die Zulassung als Brustzentrum ausgesprochen wurde. Die Zusammenarbeit mit den Einweisern verläuft sehr positiv

3. Finanzlage

Kennzahlen zur Finanzlage	2005	2004	2003	2002	2001
Kapitalbindung Forderungen in Tagen	41	40	51	40	45
Cashflow					
aus laufender Geschäftstätigkeit (T€)	1.559	6.840	2.926	1.556	3.871
aus Investitionstätigkeit (T€)	-6.910	-6.789	-3.942	-3.280	-4.014
aus Finanzierungstätigkeit (T€)	1.729	-119	-24	-46	-115
Finanzmittelbestand (T€)	7.623	11.245	11.282	12.323	14.093
davon für Fördermittel (T€)	3.835	3.717	6.437	4.175	4.707
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	5.471	749	873	991	1.109

Der Rückgang des operativen Cashflow gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem verschlechterten Periodenergebnis, einem Rückgang der Kapitalfreisetzung im Umlaufvermögen und einem Mittelabfluss aus der Rückzahlung von Verbindlichkeiten. Die Auszahlungen für Investitionen liegen etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Pauschale Fördermittel wurden insgesamt in Höhe von Mio. EUR 1,98 gewährt. Daneben wurde für Investitionen ein Bankdarlehen in Höhe von Mio. EUR 2 aufgenommen. Insgesamt ist der Finanzmittelfonds gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 3,6 zurückgegangen

Wesentliche Finanzierungsmaßnahmen

Wesentliche Finanzierungsmaßnahmen haben im Jahr 2005 nicht stattgefunden. Die laufenden Baumaßnahmen werden mit in Vorjahren bewilligten Einzelfördermitteln finanziert, sowie aus Darlehen, welche bereits im Jahr 2004 vertraglich vereinbart wurden. Zur Auszahlung kam im Jahr 2005 lediglich ein Teil dieses Darlehens (Kfw-Darlehen über 2 Mio. EUR für RPP- Gesundheitszentrum)

Art und Umfang von Fördermitteln

Im Jahr 2005 wurden keine Einzelfördermittel beantragt und gewährt. Die im Geschäftsjahr beantragten pauschalen Fördermittel nach § 25 KHG betragen für den Betriebsteil Gummersbach 1,72 Mio. EUR, für

den Betriebsteil Marienheide 210 TEUR und für den Betriebsteil Bergisch Gladbach 53 TEUR. Im Vergleich zu den Vorjahren sind diese Werte damit nahezu unverändert.

Investitionen ins Sachanlage- oder Finanzanlagevermögen

Größere Investitionen über rund 450 TEUR ins geförderte Sachanlagevermögen des Betriebsteils Gummersbach erfolgten in der Inneren Medizin - speziell Endoskopie - und in der Funktionsdiagnostik für Ultraschall- und Videoendoskopiesysteme. Im Zentrum für Seelische Gesundheit - Klinik Marienheide wurden rund 100 TEUR in einen Wintergarten, in Krankbetten, und in einen Transporter investiert. Ebenso wurden die Außenanlagen zum umgebauten Konferenzraum erstellt.

Wesentliche Konditionen der Verbindlichkeiten und Kreditlinien

Kreditlinien wurden nicht in Anspruch genommen. Die abgeschlossenen Darlehensverträge sind langfristig mit einer Laufzeit von 10-20 Jahren zu Konditionen abgeschlossen worden, welche im Schnitt zwischen 3,9% und 6,69% liegen.

Liquiditätsengpässe und Maßnahmen zu ihrer Behebung

Bedeutsame Engpässe wurden nicht verzeichnet. Die Kontrolle erfolgt im Liquiditäts- und Risk-Management.

4. Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögenslage	2005	2004	2003	2002	2001
Anlagevermögen (ohne FA)	73.145	64.680	63.252	64.800	66.621
Eigenkapital	9.221	8.754	7.337	7.958	9.007
Sonstige Rückstellungen	6.796	7.750	7.796	7.201	7.009
davon Wahrrückstellungen	1.999	2.623	2.911	2.765	3.732
Bilanzsumme	97.455	92.579	93.861	90.923	91.296
Deckungsgrad des AV (%)	92,3	100,7	98,9	100,4	102,7
Eigenkapitalquote (%)	9,5	9,5	7,8	8,8	9,9
Eigenkapitalrentabilität (%)	5,3	19,3	Negativ	Negativ	3,2

Der Deckungsgrad des Anlagevermögens ist zurückgegangen, da in der neu hinzugekommenen Psychosomatischen Klinik Bergisch Gladbach das Anlagevermögen größtenteils fremdfinanziert ist

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Arbeitskampf

Das Kreiskrankenhaus Gummersbach und das Zentrum für Seelische Gesundheit - Klinik Marienheide sind als kommunale Krankenhäuser akut durch Ärztestreiks bedroht. Die Forderungen der Ärztegewerkschaft Marburger Bund hätten dramatische Steigerungen im Personalkostenbereich zur Folge und sind nicht gegenfinanziert. Die Folgen eines arztabhängigen Tarifabschlusses sind im gesamten Ausmaß noch nicht absehbar. Es muss befürchtet werden, dass es für andere Berufsgruppen ebenfalls zu deutlich überzogenen Tarifabschlüssen kommen wird, die in den Krankenhäusern die Kosten überproportional in die Höhe treibt. Die Dienstleistungsgewerkschaft *ver.di* hat bereits öffentlich die Arbeitgeber zu deutlichen Einkommensverbesserungen anderer Berufsgruppen aufgefordert, sollte es zu einem eigenen Tarifabschluss des Marburger Bundes an kommunalen Krankenhäusern kommen

Rechtsstreitigkeiten

Auswirkungen von besonderer Bedeutung aus dem Ausgang offener Rechtsstreitigkeiten bestehen nicht.

Beteiligungserwerb / -veräußerung

Das Stammkapital am Gesundheits- und Bildungszentrum Oberberg (GBZ) wurde um 250 € auf 51 % zur Herbeiführung der Organschaft erhöht.

6. Risikobericht

Sowohl der Betriebsteil Gummersbach, wie auch der Betriebsteil Marienheide und Bergisch Gladbach, sind durch eine hohe Auslastung und weiter steigende Patientenzahlen im laufenden Jahr ertragsseitig gut aufgestellt. Im Rahmen der jährlichen Kostenträgerrechnung und Krankenhausvergleiche konnten keine verlustbringenden Abteilungen oder Bereiche als Risiko identifiziert werden. Die Gesellschaft für Krankenhaushausdienstleistungen und die Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege werden mit dem Ziel der Geschäftsfeldausweitung ihren Stand festigen. Das gegenwärtig im Bau befindliche Medizinische Versorgungszentrum (MVZ)/Gesundheitszentrum wird dazu beitragen, die Geschäftstätigkeit weiter auszubauen und neue Ertragsmöglichkeiten zu eröffnen.

Mit Sorge muss jedoch der steigende Instandhaltungsaufwand betrachtet werden. Im laufenden und in den kommenden Jahren werden Kosten für Instandhaltung von über 1 Mio. EUR (z.B. für die Anlage zur Kältegewinnung im Kreiskrankenhaus Gummersbach) auf die Gesellschaft zukommen. Ferner muss davon ausgegangen werden, dass die Energiekosten weiter steigen. Die Umsatzsteuererhöhung um 3% auf dann 19% wird für einen weiteren Kostenanstieg verantwortlich sein. Aufgrund des noch offenen Ausgangs der Tarifverhandlungen mit dem Marburger Bund sind die Personalkostensteigerungen im Ärztlichen Dienst noch nicht quantifizierbar, jedoch sicher. Des Weiteren werden die Auswirkungen einer Gesundheitsreform spürbar sein, wenngleich die genaue Beurteilung zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist. Die öffentlichen Fördermittel werden weiter zurückgefahren

7. Prognosebericht

Erwartungen über die Entwicklung der Rahmenbedingungen

Die Gesellschaften des Konzerns haben eine gesicherte Marktposition. Insbesondere in den medizinischen Bereichen des Konzerns wurde mit Weitsicht der Ausbau bestimmter Leistungsgebiete (wie z.B. die internistische Onkologie, Ambulantes Operieren, etc.) betrieben, wodurch eine zeitgemäße medizinische Versorgung auf hohem medizinischem Niveau angeboten werden kann. Die nachweisbar hohen Auslastungen und steigenden Patientenzahlen bestätigen den eingeschlagenen Kurs. Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig diese Bereiche, aufgrund der demographischen Entwicklungen, weiteren Zulauf erfahren.

Erwartungen über die Branchenentwicklung

Das Gesundheitswesen stellt einen zunehmend steigenden Wirtschaftssektor dar, der mittlerweile über 10% des Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Trotz positiver Entwicklungen muss dieser Bereich stets vor dem Hintergrund möglicher Auswirkungen einer Gesundheitsreform betrachtet werden, die Kosteneinsparungen zu Folge haben wird. Dies bedeutet für die Leistungsanbieter tiefgreifende Einschnitte in die Finanzlage und dramatische Veränderungen.

Erwartungen über die Entwicklung der Ertrags- und Finanzlage

Ein weiterer Anstieg der Belegungszahlen wird erwartet. Durch die Konvergenzschritte werden auch zukünftig weitere Budgetausweitungen möglich sein. Darüber hinaus kann auch von einem Leistungsanstieg im ambulanten Bereich auszugehen sein.

Schon vor einigen Jahren wurde begonnen, das Arbeitszeitgesetz konsequent umzusetzen. Heute bereitet diese Thematik, anders als in vielen anderen Kliniken, keine Probleme. Gleiches lässt sich für das Thema Outsourcing bestimmter Geschäftsfelder ausführen. Bereits vor einigen Jahren wurden Tochtergesellschaften gegründet. Die laufenden Investitionen (z.Bsp. Gesundheitszentrum, Zentrale Aufnahmestation) welche nicht mehr aus Fördermitteln finanziert werden konnten, werden im laufenden und kommenden Jahr die finanzielle Situation beeinträchtigen. Den Investitionen stehen allerdings die Erschließung neuer Umsatzmöglichkeiten gegenüber.

Abzuwarten bleibt jedoch, wie auf kommunaler Ebene die Verhandlungen mit dem Marburger Bund hinsichtlich eines eigenen Tarifvertrages für Ärzte verlaufen. In diesem Zusammenhang drohen auch dem Kreiskrankenhaus Gummersbach und der Fachklinik Marienheide Streiks. Des Weiteren werden die Auswirkungen einer Gesundheitsreform spürbar sein, wenngleich eine Quantifizierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist

8. Sonstige Erläuterungen

Qualitätsmanagement

Auch im Jahr 2005 spielte das Thema Qualität und deren Sicherung für die klinischen Bereiche des Konzerns eine wichtige Rolle. Erstmals bestand die gesetzliche Verpflichtung, einen Strukturierten Qualitätsbericht zu erstellen und an die Spitzenverbände der Krankenkassen zu übermitteln. Dieser enthielt neben diversen Strukturdaten unter anderem Angaben zum Leistungsspektrum, die Anzahl der am häufigsten behandelten Erkrankungen und Operationen der einzelnen Fachabteilungen, die Ergebnisse der externen vergleichenden Qualitätssicherung sowie die Darstellung interner qualitätssichernder Maßnahmen und Projekte.

Risk-Management

Im Geschäftsjahr 2005 hat sich die Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH entschlossen, den Ausbau des umfassenden Risikomanagements fortzuführen. Einen wesentlichen Beitrag zur Erfassung und Kontrolle der identifizierten, beschriebenen und bewerteten Risiken leistet ein IT-gestütztes Datenbanksystem. Die Auswahl eines geeigneten System fiel im Geschäftsjahr 2005. Das Projekt zur Einführung des Risikomanagementsystems dauert gegenwärtig noch an. Sämtliche Bereiche werden in dem System abgebildet. Die Bereichsverantwortlichen nutzen dieses System zur Steuerung der Risiken. Besonderes Augenmerk wird auf die Etablierung eines unternehmensweiten Risikomanagement-Regelkreises gelegt. Dieser Regelkreis stellt einen kontinuierlichen Prozessablauf dar und sichert, dass das Risikomanagement fest in der Unternehmensstruktur verankert wird.

Gummersbach, den 16. Juni 2006

gez. Joachim Finklenburg
Geschäftsführer

gez. Wolfgang Brodesser
stellv. Geschäftsführer

Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) *(unmittelbare Beteiligung)*
AVEA GmbH & Co. KG *(mittelbare Beteiligung)*

Bergischer Abfallwirtschaftsverband
Braunswerth 1-3, 51766 Engelskirchen
Telefon 02263-8050

AVEA GmbH & Co. KG
Im Eisholz 3, 51373 Leverkusen
Telefon 0214-86680

Öffentlicher Zweck des Verbandes

Der BAV ist ein Abfallentsorgungsverband im Sinne des Abfallgesetzes NRW und ein Zweckverband (Körperschaft des öffentlichen Rechts) nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit mit Sitz in Engelskirchen. Der Verband befasst sich mit der Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes, der Entsorgung der im Verbandsgebiet anfallenden Abfälle und der Beratung über Müllvermeidungs- und Verwertungs-möglichkeiten.

Öffentlicher Zweck der Beteiligung (AVEA GmbH & Co. KG)

Anlagebetrieb zur Verwertung und Entsorgung von Abfällen.

Beteiligungsverhältnisse (AVEA GmbH & Co. KG)

Gezeichnetes Kapital 11.250.000 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

- Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV)	5.625.000 = 50,00 %
- Stadt Leverkusen	5.625.000 = 50,00 %

Der Rheinisch-Bergischer Kreis und der **Oberbergische Kreis** sind paritätisch am Bergischen Abfallwirtschaftsverband und damit „nur“ mittelbar an der AVEA GmbH & Co.KG beteiligt.

Organe (BAV)

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung
Verbandsversammlung

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung (BAV)

Verbandsvorsteher	Herr Hagen Jobi, Landrat OBK
stv. Verbandsvorsteher	Herr Rolf Menzel, Landrat RBK
Vorsitzender der Verbandsversammlung	Herr Udo Klemt
Geschäftsführerin	Frau Monika Lichtinghagen-Wirths

Besetzung des Gremiums Verbandsversammlung (BAV) durch den *Oberbergischen Kreis*

Herr Jochen Hagt	Verwaltung
Herr Ulrich Heu	SPD
Herr Norbert Heß	CDU
Herr Jürgen Marquardt	CDU
Herr Günter Müller	CDU
Herr Reinhold Müller	FDP/FWO
Herr Helmut Schäfer	Grüne
Frau Doris Schuchardt-Kaganietz	SPD
Herr Günter Stricker	CDU

Organe (AVEA GmbH & Co. KG)

Gesellschafterversammlung
Aufsichtsrat
Geschäftsführung

Sonstiges (AVEA GmbH & Co. KG)

gekürzte Konzern-Bilanz zum 31.12.2005
Gewinn- und Verlustrechnung

Seite 25
Seite 25

AVEA GmbH & Co. KG

Bilanz

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen	99.672.085	104.025.178	113.415.389
Umlaufvermögen	36.456.046	33.433.388	37.328.005
Rechnungsabgrenzungsposten	46.788	36.652	47.669
Bilanzsumme	136.174.919	137.495.217	150.791.063
PASSIVA			
Eigenkapital	45.875.257	41.917.872	41.699.466
Rückstellungen	16.168.888	17.656.104	15.154.683
Verbindlichkeiten	73.936.502	77.911.666	93.895.275
Rechnungsabgrenzungsposten	194.272	9.575	41.638
Bilanzsumme	136.174.919	137.495.217	150.791.063

AVEA GmbH & Co. KG

GuV

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, akt. Eigenleistungen u. sonstige betr. Erträge	79.894.543	91.644.066	86.737.805
Materialaufwand	26.851.031	36.481.050	34.895.761
Personalaufwand	20.905.299	20.977.444	20.768.164
Abschreibungen / sonst. betr. Aufwendungen	22.074.379	24.272.132	22.593.787
Betriebsergebnis	10.063.833	9.913.441	8.480.094
Sonst. Zinsen u. Erträge/Zinsen u. ähnl. Aufw.	-3.155.268	-4.177.268	-4.808.372
Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	0	2.534.627	0
Steuern	1.530.391	4.808.978	1.088.750
Jahresüberschuss	5.378.174	3.461.821	2.582.972
Gewinnvortrag	3.649.867	3.487.675	4.772.082
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	-22.147	0
Gewinnentnahme	-1.469.623	-3.257.666	-3.826.787
Anteil fremder Gesellschafter a. Jahresübersch.	25.702	-41.964	-40.596
Bilanzgewinn	7.584.121	3.627.721	3.487.670
nachrichtlich:			
Zahl der Beschäftigten	433	434	428

Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) *(unmittelbare Beteiligung)*

Postfach 3 41 66
51623 Gummersbach

Telefon (0 22 61) 92 60-0
Telefax (0 22 61) 92 60-99

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Verkehrs innerhalb des Oberbergischen Kreises und angrenzender Gebiete durch Einrichtung und Betrieb von Kraftomnibuslinien, Linien anderer Verkehrsmittel und Beförderung von Personen im Sinne der Freistellungsverordnung sowie der Betrieb von Gelegenheitsverkehr und der Durchführung aller hiermit im Zusammenhang stehender Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 4.704.000 €

Das o.g. Grundkapital ist in 5.880 Stückaktien zerlegt.
Der Oberbergische Kreis hält davon 2.940 Stück (= 50%).

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	2.352.000 €	=	50,00 %
Stadt Gummersbach	1.254.400 €	=	26,67 %
Stadt Bergneustadt	196.000 €	=	4,16 %
Stadt Waldbröl	156.800 €	=	3,33 %
Stadt Wiehl	163.200 €	=	3,47 %
Stadt Wipperfürth	156.800 €	=	3,33 %
Gemeinde Reichshof	117.600 €	=	2,50 %
Gemeinde Engelskirchen	78.400 €	=	1,67 %
Gemeinde Marienheide	78.400 €	=	1,67 %
Gemeinde Morsbach	78.400 €	=	1,67 %
Gemeinde Nümbrecht	72.000 €	=	1,53 %

Organe

Hauptversammlung
Aufsichtsrat
Vorstand

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2005
Gewinn- und Verlustrechnung
Lagebericht

Seite 28
Seite 29
Seite 30

Fortsetzung **Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG)**

Hauptversammlung

Vertreter des Oberbergischen Kreises (Wahlperiode 2004 - 2009):

Herr stellv. Landrat Hans-Otto Gries
Frau Kreistagsabgeordnete Corinna Bauer
Herr Kreistagsabgeordneter Michael Stefer
Herr Kreistagsabgeordneter Dr. Friedrich Wilke
Herr Kreistagsabgeordneter Frank Mederlet
Frau Kreistagsabgeordnete Annelie Theuer

Aufsichtsrat

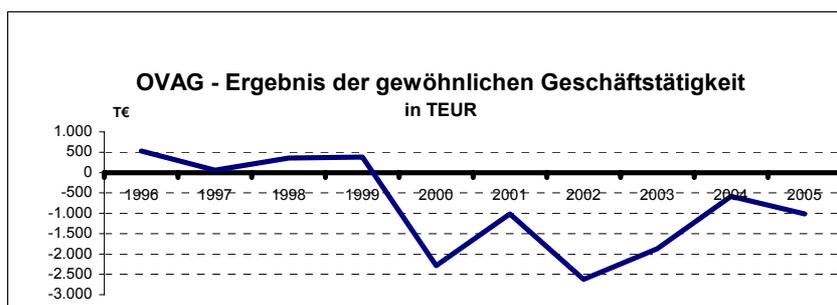
Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2005 an

Herr Konrad Frielingsdorf, Gummersbach (Vorsitzender)
Herr Hans-Egon Häring, Gummersbach (stellv. Aufsichtsratsvorsitzender)
Herr Siegfried Behrendt, Gummersbach (stellv. Aufsichtsratsvorsitzender)
Frau Renate Bickenbach, Gummersbach, bis 29.08.2005
Herr Dr. Klaus Blau, Gummersbach, bis 29.08.2005
Herr Volker Dürr, Wiehl
Herr Paul Esser, seit 29.08.2005
Herr Werner Gottas, Gummersbach
Herr Frank Helmenstein, Gummersbach, seit 29.08.2005
Herr Dr. Hans Horn, Waldbröl, bis 29.08.2005
Herr Berthold Kronenberg, Engelskirchen
Herr Wolfgang Oberbüscher, Engelskirchen, bis 29.08.2005
Herr Gregor Rolland, Reichshof, seit 29.08.2005
Herr Bürgermeister Paul-Gerhard Schmitz, Gummersbach
Herr Dietmar Schreiber, Radevormwald
Herr Manfred Schwarz, Reichshof
Herr Rainer Sülzer, Gummersbach, seit 29.08.2005
Herr Uwe Töpfer, Marienheide, seit 29.08.2005
Herr Bürgermeister Christoph Waffenschmidt, Waldbröl, bis 29.08.2005
Herr Prof. Dr. Friedrich Wilke, Gummersbach, seit 29.08.2005
Herr Kreistagsabgeordneter Ralf Wurth, Wipperfürth

OVAG

Bilanz

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	64.757	108.125	142.396
Sachanlagen	4.687.491	2.979.750	2.857.871
Finanzanlagen	2.069.704	1.704.047	1.354.922
Umlaufvermögen			
Vorräte	45.271	48.728	45.775
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.546.390	2.966.526	4.368.156
Bankguthaben	6.746.920	6.368.847	5.035.498
Rechnungsabgrenzungsposten	8.810	8.696	8.542
Bilanzsumme	16.169.342	14.184.717	13.813.159
PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	4.704.000	4.704.000	4.704.000
Kapitalrücklagen	233.331	233.331	233.331
Gewinnrücklagen	1.123.978	1.123.978	1.123.978
Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.745.919	0	0
Rückstellungen	5.113.885	5.245.280	4.776.009
Verbindlichkeiten			
aus Lieferung und Leistung	625.581	460.422	340.547
gegenüber Unternehmen	3.120	32.029	50.939
gegenüber verbundenen Unternehmen	540.800	0	0
gegen Gesellschafter	0	200.213	0
sonstige Verb.	128.175	180.137	221.777
Rechnungsabgrenzungsposten	1.950.552	2.005.328	2.362.578
Bilanzsumme	16.169.342	14.184.717	13.813.159



OVAG

GuV

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
Umsatzerlöse	17.690.751	18.423.719	18.089.658
sonstige betriebliche Erträge	2.376.885	1.787.919	1.854.807
Materialaufwand	12.382.627	12.143.631	12.145.344
Personalaufwand	4.967.014	4.705.134	4.874.789
Abschreibungen	736.546	630.336	673.535
sonst. betrieb. Aufwand	3.076.817	3.157.749	2.695.546
Betriebsergebnis	-1.095.368	-425.212	-444.748
Erträge aus Beteiligungen	234	195	166
Zinsen und ähnliche Erträge	160.444	120.967	103.490
Abschr. auf Finanzanlagen und Wertpapiere	25.498	109.682	943.061
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.017	33.812	1.243
Aufwendungen aus Verlustübernahme	54.300	137.494	586.356
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit *	-1.019.505	-585.039	-1.871.751
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	14.854	14.748	14.645
Erträge aus Verlustübernahme	1.034.359	599.787	1.886.396
Jahresüberschuss/-fehlbetrag *	0	0	0

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
Anlagenintensität	42,2%	33,8%	31,5%
Eigenkapitalquote (incl. 50 % d. SoPo)	42,9%	42,7%	43,9%
Fremdkapitalquote (incl. 50 % d. SoPo)	57,1%	57,3%	56,1%
Personalaufwandsquote	28,1%	25,5%	26,9%
Materialaufwandsquote	70,0%	65,9%	67,1%
Abschreibungsquote	4,2%	3,4%	3,7%

eigene Mitarbeiter (Verw. / Fahrbetrieb / Ausbildung)	15 / 81 / 4	102	109
Fahrzeuge (ohne angemietete KFZ)	72	78	70
Kunden (Angaben in Fahrten, in Mio.)	16,07	16,77	16,91
eigene Fahrleistungen TKm	2.648	2.879	2.974
Fahrleistung TKm (unmittelbare Auftragsverhältnisse)	5.544	5.585	5.651

Fortsetzung **Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG)**

Bericht zur Lage der Gesellschaft

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland haben sich im Jahr 2005 nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr gebessert. Nennenswerte Impulse für die Branche des öffentlichen Personennahverkehrs ergaben sich insofern auch nicht. Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl der Kundenfahrten im ÖPNV nach Auskunft des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen um 1,5 %. Auf Grund von Preiserhöhungseffekten stiegen die Fahrgeldeinnahmen um 3,4 %. Die starken Energiekostenverteuerungen treffen die PKW-Nutzer gleichermaßen und könnten mit ursächlich für eine stabile Fahrgastentwicklung sein.

Im Verkehrsverbund Rhein-Sieg stieg die Fahrgastnutzung um 4,2 % auf rund 470 Mio. Fahrten. Die Einnahmen stiegen sogar um 10 %. Diese besonders positive Entwicklung beruht auf 2 Ereignissen: a) die Erweiterung des VRS-Tarifes, in den sogenannten "großen Kragen" zum VRR hinein und b) der Weltjugendtag im August 2005 mit fast 400.000 registrierten Pilgern. Eine Nettobetrachtung, mit allen Vorbehalten einer Abgrenzung, ergibt ein Fahrtenplus von 1,75 % und ein Einnahmenplus von 4,6%.

Die OVAG erzielte durch Fahrscheinverkäufe im Jahr 2005 ein Plus von 0,7 % und ein daraus abzuleitender Fahrgastzuwachs von 0,5 %. Durch die Übertragung der Betriebsführung von drei Linien auf die Tochtergesellschaft Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH ergeben sich rechnerisch andere Werte. So ist unter Abzug der Einnahmen und Kunden aus dieser Beförderungsleistung ein Einnahmerückgang von rd. 3 % festzustellen und ein Rückgang der Kundenfahrten um 2,7 % auszuweisen. Im Jahr 2005 wurden im OVAG-Verantwortungsbereich rd. 16 Mio. Kundenfahrten durchgeführt. Unter Hinzurechnung der Konzernleistung ergibt sich ein Wert von 16,9 Mio. Kundenfahrten (Vorjahr 16,7 Mio.).

Wie schon zuvor im Absatz ausgeführt, wirkt die Betriebsübertragung der drei Linien auf die VBL sich auch bei den Betriebsleistungsdaten aus. Die unmittelbare Leistung im Linienverkehr ging um 341 Tkm auf 6.444 Tkm zurück, während dessen sie konzerntechnisch gerechnet mit 7.762 Tkm fast unverändert blieb. Über alle Verkehrsarten gerechnet wurden 8.153 Tkm Buskilometer im Verantwortungsbereich der OVAG gefahren, dabei wirkten die RVK mit 26 %, die VBL mit 7 % und Privatunternehmen mit 35 % mit.

Die Leistungsübertragung auf die VBL ging einher mit einem Beschäftigtenrückgang von 5 Personen. Ausgebaut wurden dagegen die Ausbildungsaktivitäten. 4 Auszubildende werden derzeit beschäftigt. Insgesamt betrug die Beschäftigtenzahl im Jahresdurchschnitt 100 Personale. In

einer Sondermaßnahme wurden 3 Mitarbeiter im Programm "1 €-Job" mit Aufgaben für Service und Sicherheit betraut.

Die Modernisierung des Fuhrparks und die Umstellung auf einsteigsbequeme Niederflurfahrzeuge wurde im Jahr 2005 durch Auslieferung von 5 neuen Kraftomnibussen abgeschlossen. Die Investitionssumme belief sich auf 1.137 T€ brutto.

Die europäische Feinstaubrichtlinie hat im vergangenen Jahr für viel Unruhe bei den Verantwortlichen für innerstädtische Verkehre gesorgt. Obwohl die Fahrzeuge des ÖPNV nur einen geringen Teil am Gesamtaufkommen der Feinstäube verursachen, stehen sie im Fokus. Viele Verkehrsunternehmen haben schon frühzeitig mit der Verringerung von Abgasen begonnen. So gehörten Betriebe der ÖPNV-Branche zu den ersten, die schwefelfreien Dieselmotoren verwendeten und sind wieder bei den ersten, die Rußpartikelfilter einsetzen. Auch die OV AG hat in ihrem Fahrzeugbestand von 65 Kraftomnibussen schon 15 Fahrzeuge mit Abgasfiltern. Wichtigster Gesichtspunkt für die Gesundheit ist bei den Feinstäuben jedoch nicht der propagierte Wert der Gesamtfinstaubmenge, sondern viel entscheidender ist die Partikelgröße. Kleinste Partikel können sich im Gegensatz zu den großen Partikel in der Lunge festsetzen. Dem Thema "Reduzierung der Abgase" bei gleichzeitiger Reduzierung des Verbrauches gehört die Zukunft. Zurzeit führt leider der Einsatz von Abgasfiltern zu einem Treibstoffmehrverbrauch. Im abgelaufenen Jahr verbrauchten die unternehmenseigenen Fahrzeuge 1,1 Mio. Liter Diesel.

Zum 01.01.2005 wurden die Anteilsverhältnisse bei der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH geändert und die OV AG besitzt nunmehr 75 % der Stammanteile, die RVK 25 %.. Die Beteiligung wird nunmehr unter der Bezeichnung "verbundenes Unternehmen" geführt. Des Weiteren wurde im Jahr 2005 eine Kapitalerhöhung um 100.000 € auf 200.000 € durchgeführt.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2005 beträgt 16.169.342,13 € und stieg um 14 %. Ein geänderter Ausweis des Anlagevermögensposten "Fahrzeuge des Personenverkehrs" unter Berücksichtigung erhaltener Investitionszuschüsse, die neu den Ausweis eines passiven Wertes haben, haben maßgeblichen Anteil an der Summenmehrung. Die Anschaffungskosten der Fahrzeuge im Personenverkehr werden nunmehr ohne Abzug erhaltener Investitionszuschüsse ausgewiesen. Bei den Finanzanlagen ergeben sich Wertveränderungen durch höhere Stammeinlagenanteile an der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH und höhere Wertpapierbestände zur Teildeckung der Pensionsrückstellungen. Im Umlaufvermögen ist ein Rückgang der Forderungen zu verzeichnen. Innerhalb der einzelnen Forderungsarten gibt es jedoch sehr unterschiedliche Veränderungen. Der Barmittelbestand des Unternehmens ist gut. Andererseits werden die Finanzmittel benötigt, wenn bestimmte Investitionspläne umgesetzt werden sollten. Die Liquidität der Gesellschaft war so gestaltet, dass jederzeit alle Finanzverpflichtungen erfüllt werden konnten.

Das gezeichnete Kapital und die Rücklagen sind unverändert. Neu auf der Passivseite der Bilanz ist die Position "Sonderposten für Zuschüsse". Hier werden die erhaltenen Investitionszuschüsse im Rahmen der Fahrzeugförderung ausgewiesen, gekürzt um den zeitlich bedingten Wertverzehr. Die Rückstellungen wurden der neuesten Risikoschätzung angepasst und führten zu einem höheren Ausweis bei den Pensionsrückstellungen auf Grund niedrigerem Rechnungszinsfuß sowie zu geringeren sonstigen Rückstellungen, entsprechend den Einzelbewertungen.

Die Umsatzerlöse gingen um rd. 4 % auf 17.690.751,38 € zurück. Die Einnahmen aus Fahrgelderlösen entwickelten sich grundsätzlich positiv. Durch die Einnahmenezuscheidung der Verkehrsverbände VRS und VRR sowie die Ganzjahreswirkung der Betriebsführungsübertragung von 3 Linien auf die VBL gab es unterschiedliche Wirkungen. Maßgeblich zum Umsatzrückgang trugen die geringeren gesetzlichen Ausgleichszahlungen für die rabattierte Schülerbeförderung und Schwerbehindertenfreifahrt bei. Diese Einnahmerückgänge basieren nicht nur auf einer geringeren Fahrgastzahl sondern vor allen Dingen auf Kürzungsbeschlüssen von Bundes- und Landesregierung. So sind gleich mehrere Gesetzes- und Verordnungsänderungen dafür verantwortlich, dass eine deutliche Kürzung der gesetzlichen Ausgleichsleistungen erfolgte. Insgesamt stehen rd. 700 T€ weniger Einnahmen zu Buche. Dadurch ist auch die wesentliche Ursache für die Verschlechterung des Jahresergebnisses gegeben.

Die Summe weiterer Erlöspositionen hat sich nur unwesentlich verändert. Bei den sonstigen Erträgen führen hohe Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Erträge aus dem Verkauf von Kraftomnibussen und Erträge aus der Abrechnung von Auftragsverkehren zu einer Ertragsverbesserung.

Der Materialaufwand ist ausschließlich preisbedingt gestiegen. Maßgebliche Ursache sind die starken Verteuerungen beim Dieseleinkauf. In der Mengenkomponente ging sowohl die beauftragte Fahrleistung wie auch die verbrauchten Treibstoffe zurück.

Beim Personalaufwand zeigt sich in der Unterposition "Löhne und Gehälter" der niedrigere Personalbestand während in den Aufwendungen zur Altersversorgung den, gemäß Marktgegebenheiten, geringeren Rechnungszinssätzen nachgekommen wurde und Zuführungen zu den Rückstellungen gebucht wurden. Die Abschreibungen erhöhten sich auf Grund der Beschaffung von neuen Fahrzeugen. Gegenläufig wirkte die Verlängerung der Abschreibungsdauer von 7 auf 10 Jahre.

Das Betriebsergebnis ist mit 1.095 T€ negativ. Die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr liegt, wie zuvor beschrieben, im Erlösbereich. Das finanzwirtschaftliche Ergebnis hat sich gegen-

über dem Vorjahr leicht verbessert und mildert das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Der Oberbergische Kreis, als Vertragspartner, trägt den Verlustausgleich von 1.034.359,31 € und erwirkt so ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

In Abstimmung mit dem ÖPNV-Aufgabenträger Oberbergischer Kreis wurde die OVAG einer gutachterlichen Prüfung unterzogen. Der Prüfungsauftrag beinhaltete die Analyse der Ist-Kosten des Jahres 2004 und den Vergleich mit den Soll-Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens im Sinne des Urteils des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften vom 24. Juli 2003. Der Gutachter stellte fest, dass die OV AG ein gut geführtes und mit angemessenen Transportmitteln ausgestattetes öffentliches Nahverkehrsunternehmen ist. Insgesamt liegen die Ist-Kosten des Geschäftsjahres 2004 unter den Soll-Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens.

Ein neuer Verkehrsvertrag wurde von einer Fachanwaltskanzlei unter Beachtung des europäischen Rechtsrahmen und der aktuellen Rechtsprechung erarbeitet. Der Oberbergische Kreis, als ÖPNV-Aufgabenträger, entschied durch Kreistagsbeschluss diesen neuen Verkehrsvertrag mit der OVAG abzuschließen. Der Vertrag sichert eine ausreichende Bedienung der Bevölkerung mit bedarfsgerechten und finanziell tragbaren Verkehrsleistungen im straßengebundenen ÖPNV.

Der neue Vertrag stellt eine wesentliche Grundlage für das zukünftige Handeln der OV AG dar und berücksichtigt gleichzeitig die aktuelle Gesetze- und Rechtslage

Wann die seit Jahren diskutierte neue Rechtsverordnung der EU hinsichtlich Verkehrsdienstleistungen kommt und daraus folgend eine Novellierung des deutschen Personenbeförderungsgesetzes, ist nach wie vor nicht abzusehen.

Abzusehen sind aber weitere Kürzungen bei der Förderung des ÖPNV's. Neue Gesetze sind in Arbeit, die ein weiteres Mal die Ausgleichsleistungen für die gemeinwirtschaftliche Schülerbeförderung reduzieren und die Schienenverkehrszuwendungen deutlich verringern sollen; derzeitiger Beratungsstand 3 Mrd. € Fördermittelreduzierung bis 2010.

Das bedeutet, die finanziellen Erwartungen für das Jahr 2006 sind sehr kritisch zu sehen. Für die betriebliche Entwicklung soll Ende des Jahres ein neues Betriebs- und Fahrgastinformationssystem in die Testphase gehen. Ziel ist es, die qualitative Leistungserstellung zu verbessern.

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) (mittelbare Beteiligung)

Krebsgasse 5 - 11
50667 Köln
Telefon (02 21) 20 80 8-0
Telefax (02 21) 20 80 8-40

E-Mail: info@vrsinfo.de
Internet: www.vrsinfo.de

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft dient ausschließlich Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Sie nimmt für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt – in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen – als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes im Sinne des § 8 Abs. 3 Personenbeförderungsgesetz Aufgaben wahr.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 240.000,00 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	Mittelbare Beteiligung über Zweckverband VRS
Zweckverband VRS	240.000,00 € = 100 %

Die VRS GmbH ist seit dem 1. Januar 2004 eine 100%ige Tochtergesellschaft des *Zweckverbandes VRS*. Bei der Modifizierung der Eigentumsverhältnisse wurden sämtliche Geschäftsanteile der Kommunen an der *VRS – GmbH* auf den Zweckverband übertragen. Der **Oberbergische Kreis** ist damit „nur“ noch mittelbar über den Zweckverband VRS an der VRS GmbH beteiligt. Die Abwicklung erfolgte durch den Abschluss eines Kauf- und Abtretungsvertrages vom 18.11.2003. Die Anteile sind sodann zu einem einheitlichen Anteil von 460 TDM vereinigt worden. Mit Gesellschafterbeschluss vom 12.12.2003 wurde das Stammkapital auf Euro und auf nunmehr 240 T€ erhöht.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg entsendet nach dem neu gefassten Gesellschaftsvertrag die Mitglieder in den Aufsichtsrat. Eine direkte Benennung der Aufsichtsratsmitglieder durch die Gebietskörperschaften ist nicht mehr vorgesehen.

Organe

Gesellschafterversammlung
Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Beirat

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2005	Seite 35
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 36
Lagebericht	Seite 37

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS)

Bilanz

	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
	EUR	EUR	EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	675.820	546.446	340.549
Sachanlagen	443.201	442.139	421.991
Finanzanlagen	1.425.527	1.448.491	1.308.996
Umlaufvermögen			
Vorräte	9.715	9.775	10.353
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	728.961	1.390.696	1.188.068
Bankguthaben	9.586.380	6.382.251	9.419.661
Rechnungsabgrenzungsposten	20.271	20.537	12.705
Bilanzsumme	12.889.875	10.240.334	12.702.323
PASSIVA			
Eigenkapital	240.000	240.000	235.194
Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlage	0	0	4.806
Sonderposten für Investitionszuschüsse	475.892	438.905	134.613
Rückstellungen	2.072.128	1.836.229	2.601.861
Verbindlichkeiten			
aus Lieferung und Leistung gegenüber Gesellschaftern	1.575.539	1.464.630	1.001.258
sonstige Verb.	0	0	663.939
	8.526.317	6.260.569	8.060.651
Bilanzsumme	12.889.875	10.240.334	12.702.323

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 11. November 2003 wurde das Stammkapital von DM auf Euro umgestellt und um 4.805,73 EUR auf 240.000 EUR erhöht. Die Eintragung der Kapitalerhöhung erfolgte am 3. Februar 2004, daher wird der Erhöhungsbeitrag zum 31. Dezember 2003 als Sonderposten nach dem Eigenkapital unter der Bezeichnung „Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlage“ ausgewiesen.

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS)

GuV

	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
	EUR	EUR	EUR
Zuschüsse	5.814.938	5.995.534	4.761.688
Erstattungen	2.096.600	1.906.233	1.621.216
Sonstige betriebliche Erträge	2.560.755	3.073.747	3.270.828
Sachaufwand	5.481.529	6.875.515	5.275.236
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.554.828	2.361.287	2.301.657
b) Soziale Abgaben (Altersversorgung)	782.350	680.902	904.556
Abschreibungen	488.174	364.910	317.757
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.152.622	821.562	931.302
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen	71.345	71.633	44.697
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	108.104	116.115	109.763
Abschr. Auf Finanzanlagen/Wertpapiere	27.555	10.349	12.930
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.374	12.064	2.646
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	160.310	36.674	62.109
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	160.310	36.674	62.109
Jahresüberschuss	0	0	0

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
Anlagenintensität	19,7%	23,8%	16,3%
Eigenkapitalquote	3,7%	4,5%	2,4%
Fremdkapitalquote	96,3%	95,5%	97,6%
Personal Gesamt (Durchschnitt)	60	56	55

Nach Übertragung ihrer Geschäftsanteile an der *VRS-GmbH* auf den *Zweckverband VRS* leisten die Gebietskörperschaften im VRS anstelle ihres bisherigen Betriebskostenzuschusses an die *VRS-GmbH* nunmehr eine Umlage in jeweils unveränderter Höhe an den alleinigen Gesellschafter *Zweckverband VRS*. Dieser leitet den Betrag an die *VRS-GmbH* weiter. Der Oberbergische Kreis leistet z. Z. eine Umlage in Höhe von 67.000 € (vgl. Hhst. 8200.7154)

Fortsetzung **Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS)**

Lagebericht

Die zuständigen Beratungs-, Entscheidungs- bzw. Kontrollgremien der Verbundgesellschaft haben sich im Geschäftsjahr 2005 in mehreren Sitzungen mit verbundrelevanten bzw. den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Aufgaben beschäftigt. Die Gremien tagten wie folgt:

Gesellschafterversammlung:	2 Sitzungen
Aufsichtsrat	2 Sitzungen
Beirat:	4 Sitzungen

Mit der Erteilung von Gesamtprokura an den Abteilungsleiter Tarif/Vertrieb und den Abteilungsleiter Verbundplanung ist eine den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages entsprechende vertragskonforme Vertretung der Gesellschaft nun gewährleistet. Entsprechend den Beschlüssen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung erfolgte diese Umsetzung organisationsneutral.

Mit dem Beginn des Ausbildungsjahres 2005/2006 hat die Gesellschaft erstmals zwei Auszubildende für den Ausbildungsgang "Bürokaufmann/Bürokauffrau" eingestellt. Sollte sich diese Personalmaßnahme bewähren und sollten entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stehen, wird die Gesellschaft künftig im 2-3 Jahresabstand zwei Ausbildungsplätze anbieten. Die Geschäftsführung sieht hierin neben der gesellschaftspolitischen Verpflichtung auch Chancen, frühzeitig eigenes Fachpersonal aufzubauen und an die Spezialthemen der Gesellschaft heranzuführen. Eine grundsätzliche Weiterbeschäftigungsgarantie nach Abschluss der Berufsausbildung gibt es allerdings nicht.

Der durchschnittliche Personalbestand einschließlich der Geschäftsführung und der Auszubildenden liegt im Berichtsjahr bei 63 Personen. Da knapp über 20 % aller Stellen auf Teilzeitbeschäftigte entfallen, verfügt die Verbundgesellschaft rechnerisch nur über 55 volle Stellen. Das verfügbare Personalvolumen reicht nicht aus, um Sonderprojekte wie den Weltjugendtag und die Fußball-WM 2006 ohne Überstunden sach- und zeitgerecht bearbeiten zu können. Der Abbau der Überstundenkontingente wird innerhalb der vereinbarten Gleitstundenkontingente erfolgen.

Das bei der Verbundgesellschaft angesiedelte KompetenzCenter Marketing, Tarif und Vertrieb des Landes NRW (KCM) hat sich als Koordinierungseinheit für alle tarif- und vermarktungsrelevanten Themen mit landesweitem Bezug bewährt.

Die Grundarbeiten des KCM werden weitgehend aus Mitteln nach § 14.1 Regionalisierungsgesetz NW finanziert. Die aktuellen Überlegungen des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes (MBV) zur Weiterentwicklung des ÖPNV-Rechts- und Finanzierungsrahmens in NRW könnten sich bei Änderung des Verbundförderrahmens auch auf die Finanzierung der Leistungen des KCM auswirken. Sollte es zu einer Neuordnung der Kooperationsräume bei gleichzeitiger Kürzung der Verbundförderpauschale kommen, sind die Leistungen des KCM über eine mehrjährige Projektförderung abzusichern. Anders lassen sich die Personal- und Sachkosten des KCM derzeit nicht decken.

Die Verbundgesellschaft setzt gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen im Verbundraum das elektronische Fahrgeldmanagementsystem (EFM) um. Die nächste Kartengeneration, die Anfang 2007 an die Fahrgäste ausgegeben wird, wird die so genannte VDV-Kernapplikation beinhalten. Hierbei handelt es sich um ein bundesweites Standard- und Sicherheitssystem, welches von der VDV-Kernapplikation GmbH & Co KG entwickelt wurde. Komplementär ist der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Kommanditisten sind Verkehrsverbünde (Verbundgesellschaften) und Verkehrsunternehmen. Die VRS GmbH ist bisher kein Kommanditist. Die noch notwendigen technischen Problemlösungen lassen ein finanzielles Engagement der VRS GmbH bei dem Systemlieferanten sinnvoll erscheinen.

Die Finanzlage für das laufende Geschäftsjahr 2006 ist stabil. Das Land Nordrheinwestfalen hat am 10. April 2006 den Bescheid über die Verbundförderung in Höhe von 2,1 Mio. Euro erteilt. Für alle Förderprojekte liegen Zuwendungsbescheide vor. Aufgabenträger sowie Verkehrsunternehmen haben die 1. Rate ihrer Grundbeiträge an die Gesellschaft geleistet. Die für die gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen durchzuführenden Marketingmaßnahmen erforderlichen Finanzmittel werden von diesen fristgerecht zur Verfügung gestellt.

Die im Haushaltsjahr 2005 nicht verbrauchten Finanzmittel werden - wie im Wirtschaftsplan 2006 bzw. in der mittelfristigen Finanzplanung 2007 bis 2010 vorgesehen - zur Finanzierung nicht gedeckter Aufwendungen im Folgejahr verwendet.

Auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung wurde geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GO NW).

Köln, 14. April 2006

Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) *(mittelbare Beteiligung)*

Kölner Str. 237
51645 Gummersbach

Telefon (0 22 61) 92 60-50
Telefax (0 22 61) 92 60-52

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen, insbesondere die Planung, Organisation und Durchführung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs im Oberbergischen Kreis zur Bedienung der Bevölkerung mit bedarfsgerechten und finanziell tragbaren Verkehrsleistungen.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 200.000 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis
(Stand: 01.01.2005)

Oberbergischer Kreis	Mittelbare Beteiligung über OVAG
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG	150.000 € = 75,0 %
Regionalverkehr Köln GmbH	50.000 € = 25,0 %

Zum 01. Januar 2005 hat sich der Anteilsbesitz an der Gesellschaft verändert. Die neuen Eigentumsverhältnisse sind: OVAG 75 %, RVK 25%. Die Option der Mehrheitsübernahme war schon in 2001 verabredet worden. Die OVAG hat diese Option nach Beschluss ihrer Gremien gezogen, um den oberbergischen Einfluss weiter zu stärken. Der Oberbergische Kreis ist „nur“ mittelbar über die OVAG an der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH beteiligt.

Organe

Gesellschafterversammlung
Geschäftsführung

Dipl.–Betriebsw. Karl Heinz Schütz

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2005 Seite 40
Gewinn- und Verlustrechnung Seite 40
Lagebericht Seite 41

Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL)

Bilanz

	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
	EUR	EUR	EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Sachanlagen	971.559	660.302	375.723
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.133.287	583.280	440.411
Bankguthaben	152.283	119.597	172.425
Bilanzsumme	2.257.128	1.363.179	988.560

PASSIVA

Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	200.000,00	100.000,00	100.000,00
Verlustvortrag	-43.827	-17.863	-76.690
-Jahresfehlbetrag/Überschuss	30.663	-25.964	58.827
Sonderposten für Zuschüsse	442.999	0	0
Rückstellungen	237.928	247.288	159.415
Verbindlichkeiten	1.304.499	996.910	675.205
Rechnungsabgrenzungsposten	84.867	62.808	71.802
Bilanzsumme	2.257.128	1.363.179	988.560

GuV

	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse	8.574.653	7.978.748	7.341.690
Sonstige betriebliche Erträge	203.170	160.443	30.850
Materialaufwand	6.949.144	6.781.046	6.213.160
Personalaufwand	964.831	791.474	615.696
Abschr. auf Vermögensgegenstände	242.493	88.229	97.445
Sonst. betriebliche Aufwendungen	542.398	388.589	364.701
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	250	2.445	1.145
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30.981	19.479	23.857
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	48.226	72.819	58.827
Steuern vom Einkommen u. vom Ertrag	17.563	98.783	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	30.663	-25.964	58.827

Lagebericht der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH

Das Geschäftsvolumen der Gesellschaft nahm auch 2005 zu. Dabei wirkte insbesondere der Ganzjahreseffekt aus der im letzten Jahr begonnenen Betriebsführung von 3 Linien. Neben dem Linienverkehr ist die Durchführung von Auftragsverkehren für die Gesellschaft die wichtigste Aufgabe, wobei dieser Bereich im Berichtsjahr nahezu konstant geblieben ist.

Die Erbringung der Linienverkehrsfahrleistung erfolgt in Kooperation mit den beiden Gesellschaftern und einigen Privatunternehmen. Der unternehmenseigene Anteil nahm um 27,6 % zu und stieg auf 30,7 % an. Im Bereich des Auftragsverkehrs dominiert die Eigenleistung und der Einsatz der Regionalverkehr Köln GmbH. Rund 628.000 km fuhr die VBL mit eigenen und angemieteten Fahrzeugen im Auftrag des Gesellschafters Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG. Das gesamte Fahrleistungsvolumen stieg um 16 % auf 2.158.000 km.

Die VBL besitzt derzeit 9 eigene Standardniederflurfahrzeuge. Geschäftsräume und Hallen sind angemietet. Die Verwaltung wird im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen mit den Gesellschaftern abgewickelt.

Die VBL beschäftigte am Jahresende 33 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hauptsächlich im Fahrdienst. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Jahresschnitt um 14,5 %. Die stetige Schulung der Mitarbeiter zur Sicherung der Qualität wird als wichtige Aufgabe eingestuft.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich um rund 7,5 % auf 8.574.653,17 €. Die Umsatzsteigerung basiert auf der ganzjährigen Durchführung von 3 Linienbetriebsführungen. Im Einzelnen nahmen Fahrgelderlöse, Verbundzuscheidungen und gesetzliche Ausgleichszahlungen zu. Die Umsätze aus freigestellten Verkehren und Auftragsverkehren veränderten sich nur geringfügig. Die Erlöse aus den gesetzlichen Ausgleichszahlungen blieben jedoch im Geschäftsjahr deutlich hinter den geplanten Erwartungen zurück. Ausschlaggebend hierfür sind die von den Fördergebern Bund und Land nach Aufstellung des Wirtschaftsplanes beschlossenen Kürzungen.

Eine positive Wirkung auf das Jahresergebnis haben die periodenfremden Erlöse. Eine vertragliche Regelung zur Abrechnung des interlokalen Linienverkehrs ergab Nachzahlungen für die Jahre 2003 und 2004.

Bedingt durch den größeren Geschäftsumfang nahmen auch die Aufwendungen zu. Anmietungsaufwendungen, Fahrzeugkosten sowie Löhne und Gehälter sind die relevanten Positionen. Bei den Dieselaufwendungen gab es noch eine Sonderentwicklung durch die sehr stark verteuerten Bezugspreise. Die Abschreibungen und Zinsaufwendungen nahmen auf Grund der Ganzjahreswirkung der letzten Busbeschaffung zu.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit schließt mit einem positiven Saldo. Nach Abzug der Steuerbelastung weist die Gewinn- und Verlustrechnung einen Überschuss von 30.662,71 € aus.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 894 T€ auf 2.257.128,04 €. Zwei Hauptursachen sind für die überproportionale Steigerung maßgeblich: 1. Die Umstellung des Anlagevermögens auf den Bruttoausweis, d. h., die erhaltenen Investitionszuschüsse werden nicht mehr unmittelbar von den Anschaffungskosten abgesetzt sondern als Passivwert ausgewiesen und planmäßig im Verhältnis zu den Abschreibungen aufgelöst. 2. Durch die erst spät durchzuführenden Schlussabrechnungen ergaben sich erhöhte Forderungen und Verbindlichkeiten, die im neuen Rechnungsjahr zum Ausgleich gekommen sind.

Die vorgenommene Kapitalerhöhung um 100.000 € auf 200.000 € trägt dem gestiegenen Geschäftsumfang der Gesellschaft Rechnung und war erforderlich um die Anforderungen für eine vertretbare Eigenkapitalausstattung zu erfüllen. Die Gesellschafteranteile verteilen sich zu 75 % auf die Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG und 25 % auf die Regionalverkehr Köln GmbH. Dank des positiven G + V Abschlusses verringert sich der bilanzielle Verlustvortrag auf 13.164,54 €. Die noch nicht rechtskräftige Steuerfestsetzung für die Jahre 2001 und 2002 erfordert nach wie vor die Bildung von hohen Steuerrückstellungen. Den allgemeinen Abrechnungsrisiken bei der Verbundabrechnung und der Bewilligung gesetzlicher Ausgleichszahlungen wurde durch Bildung von angemessenen Rückstellungen Rechnung getragen.

Besondere Geschäftsvorfälle zu Beginn des neuen Jahres haben sich bisher nicht ereignet. Erkenntnisse aus Abrechnungen wurden im Jahresabschluss berücksichtigt.

Besondere Währungsrisiken bestehen nicht, die Rohstoffrisiken beschränken sich auf den Dieselbezug. Die größten Risiken birgt der strukturelle Umbruch, der derzeit in Deutschland stattfindet. Die finanzielle Förderung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr wird drastisch beschnitten. Dies wurde schon im Geschäftsjahr 2005 sehr deutlich und wird auch künftig zu extremen finanziellen Belastungen führen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist deshalb sehr kritisch zu beurteilen. Eine Ausweitung des Linienverkehrs wird derzeit nicht angestrebt, sondern eine Stabilisierung des Auftragsverkehrs.

Gummersbach, 31. März 2006

Die Geschäftsführung

Radio Berg GmbH & Co. KG (unmittelbare Beteiligung)

An der Schüttenhöhe 1a
51643 Gummersbach

Telefon (02 21) 4 99 67-111
Telefax (02 21) 4 99 67-199

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gesellschafter und Veranstaltergemeinschaft gewährleisten die Bereitstellung von technischen Einrichtungen und sonstigen erforderlichen Mitteln zur Durchführung des lokalen Rundfunks im Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis gemäß Landesrundfunkgesetz.

Beteiligungsverhältnisse

Kommanditkapital 511.291,88 €

Komplementärin ist die Radio Berg GmbH, Gummersbach.

Die Kommanditisten sind mit nachstehenden Hafteinlagen wie folgt beteiligt:

Oberbergischer Kreis	32.211,39 € = 6,3 % (63.000 DM)
Rundfunk Holding Gesellschaft:	383.468,91 € = 75,0 %
Rheinisch-Bergischer Kreis:	63.911,49 € = 12,5 %
Stadt Gummersbach:	10.737,13 € = 2,1 %
Stadtwerke Wiehl GmbH:	10.225,84 € = 2,0 %
Stadt Bergneustadt:	4.601,63 € = 0,9 %
BGW GmbH, Gemeinde Lindlar	4.601,63 € = 0,9 %
Gemeinde Nümbrecht:	1.533,88 € = 0,3 %

Organe

Gesellschafterversammlung
Geschäftsführung

Dietmar Henkel

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2005
Gewinn- und Verlustrechnung

Seite 44
Seite 45

Radio Berg GmbH & Co. KG

Bilanz

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.994	2.886	8.187
Sachanlagen	145.937	150.500	58.416
Finanzanlagen	25.565	25.565	25.565
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.108.823	691.256	696.468
Kassenbestand	38	252	73
Rechnungsabgrenzungsposten	2.250	172	627
Bilanzsumme	1.285.606	870.630	789.335
PASSIVA			
Eigenkapital			
Kommanditkapital	511.292	511.292	511.292
-Bilanzverlust der Kommanditisten			
Rückstellungen	97.930	94.080	19.800
Verbindlichkeiten			
aus Lieferung und Leistung gegenüber verbundenen Unternehmen	33.158	40.672	27.557
gegenüber Gesellschaftern	243	259	362
sonstige Verb.	578.951	186.613	188.459
	64.032	37.715	41.866
Bilanzsumme	1.285.606	870.630	789.335

Radio Berg GmbH & Co. KG

GuV

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
Umsatzerlöse	2.097.582	1.595.340	1.325.702
sonstige betriebliche Erträge	202.859	176.431	299.847
Personalaufwand	4.432	5.702	1.052
Zwischenergebnis	2.296.009	1.766.068	1.624.497
Abschreibungen	54.196	37.304	46.918
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.587.539	1.543.796	1.544.624
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.947	4.116	2.190
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.048	4.203	4.456
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	662.171	184.881	30.688
Steuern vom Ertrag	109.530	25.405	3.159
sonstige Steuern	236	105	80
Jahresüberschuss	552.406	159.371	27.449

Der Jahresabschluss 2005 und die Gewinnverteilung wurden in der Gesellschafterversammlung am 22. Juni 2006 genehmigt. Bei einer Beteiligung von 6,3 % erhält der Oberbergische Kreis einen "Gewinnanteil" in Höhe von 35.672 € (einschließlich Zinsen).

Gewinnverteilung für den
Oberbergischen Kreis (vgl. Hhst. 7600.2100):

Wirtschaftsjahr 2004: 10.040 €

Wirtschaftsjahr 2005: 35.672 €

Bauverein Dieringhausen eG **Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft** *(unmittelbare Beteiligung)*

Zur Aggerhalle 27
51645 Gummersbach

Telefon (0 22 61) 7 73 54
Telefax (0 22 61) 79 06 87

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Zweck der Genossenschaft ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck) der Mitglieder. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen und überlässt sie zu angemessenen Preisen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis:

Oberbergischer Kreis	5.665,72 €	=	~ 1,7 %
	(Geschäftsguthaben)		

Die weiteren Mitglieder bzw. die Höhe ihrer Beteiligungen sind hier nicht bekannt.

Organe

Vorstand
Aufsichtsrat
Mitgliederversammlung

Sonstiges

Bilanz / Gewinn- und Verlustrechnung

Nicht abgedruckt

Gemeinnütziger Wohnungsverein Gummersbach eG (unmittelbare Beteiligung)

Körnerstr. 1
51643 Gummersbach

Telefon (0 22 61) 81 67 17

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Die Genossenschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen und überlässt diese zu angemessenen Preisen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	6.000,00 €	=	~ 7,00 %
	(Geschäftsguthaben)		
Stadt Gummersbach	6.300,00 €	=	~ 7,40 %
Diverse Mitglieder	73.200,00 €	=	85,60 %

Organe

Vorstand
Aufsichtsrat
Mitgliederversammlung

Sonstiges

Bilanz / Gewinn- und Verlustrechnung

Nicht abgedruckt

Kreisbaugenossenschaft Waldbröl eG *(unmittelbare Beteiligung)*

Brölbahnstr. 33
51545 Waldbröl

Telefon (0 22 91) 56 26

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Die Genossenschaft errichtet und bewirtschaftet Kleinwohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen und überlässt diese zu angemessenen Preisen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	5.112,92 € = ~ 7,88 % (Geschäftsguthaben)
----------------------	--

Die weiteren Mitglieder bzw. die Höhe ihrer Beteiligungen sind hier nicht bekannt.

Organe

Vorstand
Aufsichtsrat
Mitgliederversammlung

Sonstiges

Bilanz / Gewinn- und Verlustrechnung

Nicht abgedruckt

GBW Gemeinnütziger Bauverein eG Wipperfürth *(unmittelbare Beteiligung)*

Weststr. 5
51688 Wipperfürth

Telefon (0 22 67) 10 95
Telefax (0 22 67) 10 95

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Zweck der Genossenschaft ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck) der Mitglieder der Genossenschaft. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	3.209,17 € = ~ 3,0 % (Geschäftsguthaben)
----------------------	---

Die weiteren Mitglieder bzw. die Höhe ihrer Beteiligungen sind hier nicht bekannt.

Organe

Vorstand
Aufsichtsrat
Mitgliederversammlung

Sonstiges

Bilanz / Gewinn- und Verlustrechnung

Nicht abgedruckt

Oberbergische Aufbau GmbH (unmittelbare Beteiligung)

Moltkestr. 34
51643 Gummersbach

Telefon (0 22 61) 88 61 00
Telefax (0 22 61) 88 61 23

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft sind die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen, die Förderung und Ansiedlungsplanung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, die Förderung der Siedlung der Siebenbürger Sachsen und anderer Siedlungsmaßnahmen im Oberbergischen Kreis. Die Gesellschaft dient damit der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Oberbergischen Kreises.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 630.100 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	204.600 €	=	32,4710%
KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH	118.700 €	=	18,8383%
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	65.500 €	=	10,3952%
Volksbank Oberberg eG	46.100 €	=	7,3163%
Westdeutsche Genossenschaftszentralbank eG	46.100 €	=	7,3163%
Stadt Gummersbach	25.600 €	=	4,0628%
Sparkasse der Homburgischen Gemeinden Wiehl	20.500 €	=	3,2535%
Stadt Wipperfürth	12.800 €	=	2,0314%
Gemeinde Engelskirchen	10.300 €	=	1,6347%
Stadt Bergneustadt,	10.300 €	=	1,6347%
Stadt Wiehl	10.300 €	=	1,6347%
Gemeinde Lindlar,	7.700 €	=	1,2220%
Gemeinde Marienheide,	7.700 €	=	1,2220%
Gemeinde Reichshof	7.700 €	=	1,2220%
Stadt Hückeswagen,	7.700 €	=	1,2220%
Stadt Waldbröl	7.700 €	=	1,2220%
Gemeinde Morsbach	5.200 €	=	0,8253%
Gemeinde Nümbrecht,	5.200 €	=	0,8253%
Volksbank Meinerzhagen eG	5.200 €	=	0,8253%
Volksbank Wipperfürth-Lindlar eG	5.200 €	=	0,8253%

Fortsetzung Oberbergische Aufbau GmbH

Organe

Aufsichtsrat
Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2005	Seite 52
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 53
Lagebericht	Seite 54

Aufsichtsrat

Hagen Jobi, Landrat, Vorsitzender
Ralf Wurth, stellv. Vorsitzender, Kreistagsmitglied
Jürgen Roters, Regierungspräsident, Bezirksregierung Köln (bis 31.07.2005)
Hans Peter Lindlar, Regierungspräsident, Bezirksregierung Köln (ab 01.08.2005)
Margit Ahus, Geschäftsführerin, Kreistagsabgeordnete
Konrad Frielingsdorf, Geschäftsführer a. D., Kreistagsmitglied
Paul Gerhard Schmitz, Bürgermeister a. D.
Jürgen Rogowski, Kreistagsmitglied, Hochbautechniker
Elmar Oehm, Geschäftsführer, Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH (bis 30.09.2005)
Jürgen Hefner, Geschäftsführer, Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH (ab 01.10.2005)
Hans Seigner, Vorstandsmitglied, Kreissparkasse Köln
Manfred Stettes, Sparkassendirektor, Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt
Klaus Gläser, Bankdirektor, Volksbank Oberberg e. G.
Guido Forsting, Bürgermeister, Gemeinde Wipperfürth
Uwe Töpfer, Bürgermeister, Gemeinde Marienheide
Bernd Hombach, Bürgermeister, Gemeinde Nümbrecht

Geschäftsführer:

Herr Jochen Hagt
Herr Volker Dürr

Oberbergische Aufbau GmbH

Bilanz

	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
	EUR	EUR	EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.033	6.873	3.819
Sachanlagen	149.878	152.482	164.550
Umlaufvermögen			
Vorräte, unfertige Erzeugnisse und Leistungen	982.625	1.240.591	1.061.051
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.606	12.135	28.252
Bankguthaben/Kasse	2.644.370	2.782.820	2.781.128
Rechnungsabgrenzungsposten	162	120	4.375
Bilanzsumme	3.799.673	4.195.021	4.043.175

PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	630.100	630.100	628.889
Kapitalrücklagen	61.355	61.355	61.355
Gewinnrücklagen	746.791	674.810	674.810
Bilanzgewinn	99.130	71.980	0
zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlage	0	0	1.211
Rückstellungen	908.185	1.109.914	1.337.684
Verbindlichkeiten			
erhaltene Anzahlungen	1.161.489	1.414.197	1.134.296
aus Lieferung und Leistung	2.591	15.219	3.043
gegenüber Gesellschaftern	159.296	129.109	176.081
sonstige Verb.	14.736	88.336	25.807
Rechnungsabgrenzungsposten	16.000	0	0
Bilanzsumme	3.799.673	4.195.021	4.043.175

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
Anlagenintensität	4,2%	3,8%	4,2%
Eigenkapitalquote	40,5%	34,3%	33,8%
Fremdkapitalquote	59,5%	65,7%	66,2%
Umsatzerlöse inkl. Bestandveränderung (T€)	476	665	474
Bezogene Leistungen	148	314	200
Eigene Leistungen (T€)	328	350	274
Personalbestand (Voll- und Teilzeit / in Nebentätigkeit)	3,0 / 5,75	3,0 / 6,0	3,0 / 6,0

Oberbergische Aufbau GmbH

GuV

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
Umsatzerlöse	733.787	485.361	207.629
Erhöhung/Verminderung bei Unfert. Leist.	-257.966	179.541	266.468
sonstige Erträge	47.611	24.175	52.543
Materialaufwand	147.572	313.513	200.175
Rohergebnis	375.859	375.564	326.464
Personalaufwand	220.026	225.469	233.913
Abschreibungen	16.680	20.921	19.502
sonstige betriebliche Aufwendungen	102.036	73.980	78.330
Betriebsergebnis	37.118	55.193	-5.280
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	88.337	92.903	128.895
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.325	24.489	22.543
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	99.130	123.607	101.071
sonstige Steuern	0	51.627	0
Jahresüberschuss	99.130	71.980	101.071
Einstellungen in Gewinnrücklagen	0	0	-101.071
Bilanzgewinn	99.130	71.980	0

Oberbergische Aufbau GmbH

Treuhandvermögen

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
AKTIVA			
Projekte	22.976.244	20.708.815	18.461.858
Guthaben bei Kreditinst.	1.729.869	1.808.496	1.538.663
Ford. gegenüber Treunehmern	149.557	106.128	158.696
Sonstige Forderungen	4.955	4.955	65.093
Summe	24.860.625	22.628.395	20.224.311
PASSIVA			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.162.429	2.583.499	1.166.081
Finanzierungsmittel Treugeber	19.587.213	18.761.721	17.713.244
Rückflüsse aus Verkäufen	1.104.176	1.276.368	1.338.177
Verb. aus Leistungen	6.807	6.807	6.807
Summe	24.860.625	22.628.395	20.224.311

Fortsetzung **Oberbergische Aufbau GmbH**

Lagebericht

Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Wie in den zurückliegenden Jahren bildete die langfristig angelegte Wahrnehmung von Treuhandaufgaben bei der Bereitstellung regional bedeutsamer Gewerbeflächenstandorte den Schwerpunkt des Gesellschafterhandelns auch im Geschäftsjahr 2005. Mit diesen Aufgaben ist die OAG als Treuhänder auf der Grundlage der 1998 zwischen den Städten und Gemeinden geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit beauftragt worden.

Im interkommunalen Gewerbepark Winterhagen-Scheideweg in Hückeswagen sind die Arbeiten zur Geländeherrichtung im 3. Bauabschnitt fortgeführt worden, so dass nach der Erreichung der geplanten Ausbauhöhe in diesem Jahr mit dem Rohausbau der Erschließungsanlagen des 3. Bauabschnittes begonnen werden kann. Die hierfür erforderlichen Ingenieurplanungen sind im Jahre 2005 erstellt worden. Unter Berücksichtigung der Ansiedlungserfordernisse ist in dem Berichtszeitraum die Verlängerung einer Sticherschließungsstraße im Bereich des 1. Bauabschnitts durchgeführt worden. Innerhalb des gesamten Gewerbeparks sind die Begrünungsmaßnahmen weiter vervollständigt sowie die weitere Entwicklungspflege vorgenommen worden.

In dem interkommunalen Gewerbepark Wehnrath-Sinspert, V. Planungsabschnitt, in der Gemeinde Reichshof sind in dem Berichtszeitraum die wesentlichen Grunderwerbsmaßnahmen bis auf die Klärung eines Erbfallbeschlusses abgeschlossen worden. In diesem Einzelfall wird derzeit ein gerichtliches Versteigerungsverfahren durch das Amtsgericht Waldbröl durchgeführt und ein Besitzeinweisungsverfahren durch die Bezirksregierung Köln vorgenommen werden. Die Entwurfs- und Ausführungsplanung für die Gesamtmaßnahmen ist in 2005 fertig gestellt worden. Zum Jahresende 2005 wurde die erste Ausbaumaßnahme ausgeschrieben und vergeben. Es handelt sich dabei um die Erstellung einer Regenwasserabfuhrleitung, die den V. Planungsabschnitt mit dem Wehnrather Bach als Vorfluter verbindet. Diese Leitung ist notwendig um bei den Erdbauarbeiten zur Geländeherrichtung im V. Planungsabschnitt eine schadensfreie Ableitung des Regenwassers entlang der Bebauung der Ortslage Wehnrath sicherzustellen. Hierbei wird eine Abfuhrleitung mit einem Durchmesser von DN 400 bis 800 mm unter der Autobahn BAB A 4 auf einer Länge von ca. 70 m verlegt bzw. durchpresst. Darüber hinaus werden zwei weitere Durchpresungen mit einem Schutzrohrdurchmesser von 1.000 mm zur späteren Ableitung des Schmutzwassers sowie der Versorgungsleitungen für Trink- und Löschwasser verlegt. Diese Arbeiten werden bis Mitte des Jahres 2006 abgeschlossen werden. Anschließend sollen die Erdbauarbeiten zur Geländeherrichtung des 1. Bauabschnitts innerhalb des V. Planungsabschnitts beginnen. Hierbei sind mehr als 350.000 cbm Bodenmassen im Zuge des Massenausgleichs innerhalb des Gebietes zu lösen, zu transportieren und lageweise verdichtet einzubauen.

Im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit Oberberg-Süd ist im Jahre 2005 die Geländeherrichtung und Erschließung des 1. Bauabschnitts des Gewerbeparks LichtebergNordwest in Morsbach fertig gestellt worden. Die im Jahre 2004 bereits begonnene Rohschließung ist im Frühjahr 2005 wieder aufgenommen worden. Die Fertigstellung der Regenwasserklär- und Rückhaltebecken ist im Juni 2005 erfolgt. Die Roherschließung des 1. Bauabschnitts ist damit vollendet, so dass ca. 2,5 ha erschlossene Gewerbeflächen zur Ansiedlung bereit gestellt worden sind

Des Weiteren sind im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit Oberberg-Süd im Jahre 2005 in dem Gewerbepark Boxberg IV, 5. Bauabschnitt die beiden noch ausstehenden Grunderwerbs- und Pachtverhandlungen zum Abschluss gebracht worden, so dass mit der Durchführung der Baumaßnahmen ab Januar 2006 begonnen werden konnte.

In 2005 sind die Entwurfs- und Ausführungsplanung sowie die notwendigen Genehmigungsanträge für den o.g. Erschließungsabschnitt bearbeitet und mit den Versorgungsträgern abgestimmt worden. Im Zuge der Vorbereitung der Erdbauarbeiten zur Geländeherrichtung in dem vorgenannten Erschließungsabschnitt wurden auch die notwendigen Genehmigungsanträge für die vorübergehende Regenentwässerung mit der Wasserwirtschaft abgestimmt bzw. genehmigt worden und werden im Zuge der Maßnahmen umgesetzt

Innerhalb der interkommunalen Zusammenarbeit Oberberg-Sod hat die Gemeinde Nümbrecht im Jahre 2005 die Geländeherrichtungs- und Roherschließungsarbeiten für den 2. und 3. Bauabschnitt des Gewerbegebietes Elsenroth weitestgehend durchgeführt, so dass ab der zweiten Hälfte 2006 mit den Ansiedlungsmaßnahmen begonnen werden kann. In dem Geschäftsjahr 2005 sind zwei regional bzw. überregional bedeutsame Standortsicherungs- und Erweiterungsmaßnahmen für die Firmen Sarstedt in Rommelsdorf/Nümbrecht und Elektrisola in Eckenhagen/Gemeinde Reichshof bauleitplanerisch einschließlich verschiedener Fachgutachten durch die OAG erfolgreich begleitet worden. Darüber hinaus hat sich die Oberbergische Aufbau GmbH an der regional- und bauleitplanerischen Sicherung der Entwicklung der Leppedeponie zu einem überregional wirksamen Kompetenzstandort für Stoffumwandlung beteiligt.

Lage des Unternehmens

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten. Mit einem Eigenkapital von T€ 1.537 und einer Eigenkapitalquote von 40,5% ist die Gesellschaft gut aufgestellt. Notwendige Investitionen können aus Eigenmitteln finanziert werden. Zum 31.12.2005 betragen die liquiden Mittel T€ 2.644. Die Ertragslage ist wie in den Vorjahren positiv. Das Rohergebnis (Positionen 1-4 der Gewinn- und Verlustrechnung) beträgt wie im Vorjahr T€ 375. Bei leicht verminderten Personalkosten und erhöhten sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr um T€ 24. Ausschlaggebend waren dafür insbesondere von der Gesellschafterversammlung genehmigte höhere Marketing- und Versicherungsaufwendungen. Der Jahresüberschuss 2005 beträgt 99.130,41 €.

Risikobericht

Wesentliche Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft bestehen begründet durch die Vermögens- und Ertragssituation sowie durch das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft nicht.

Prognosebericht

Aufgrund der bestehenden Auftragslage sowie der geplanten Projekte kann von einer weiteren positiven Entwicklung in den nächsten Jahren ausgegangen werden.

Sonstige Angaben

Nach Beendigung des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten. Ein Risikomanagementsystem ist bedingt durch die Größenordnung der Gesellschaft nicht eingerichtet. Eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten betreibt die Gesellschaft nicht. Es existieren keine Zweigniederlassungen.

Gummersbach, 03. Februar 2006

gez. Jochen Hagt

gez. Volker Dürr

GTC - Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH *(unmittelbare Beteiligung)*

Robert-Wilhelm-Bunsen-Str. 5
51647 Gummersbach
Telefon: (0 22 61) 81 45 00
Telefax: (0 22 61) 81 49 00

E-mail: info@gtc-gm.de
Internet: www.gtc-gm.de

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand und Zweck des Unternehmens ist die Förderung von Innovationen und Existenzgründungen sowie des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Unternehmen insbesondere in den Bereichen Elektro-, Kunststoff- und Umwelttechnik sowie Metall- und Informationsbearbeitung in der Region Oberberg. Hierzu errichtet und betreibt die Gesellschaft ein Gründer- und Technologiezentrum und bietet Beratungs- und Dienstleistungen an.

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 727.550 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	25.600 €	=	3,52 %
Stadt Gummersbach	416.750 €	=	57,28 %
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	51.150 €	=	7,03 %
KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH	51.150 €	=	7,03 %
Gasgesellschaft Aggertal mbH	12.800 €	=	1,76 %
L. & C. Steinmüller GmbH	12.800 €	=	1,76 %
Stromversorgung Aggertal GmbH	12.800 €	=	1,76 %

übrige Gesellschafter siehe Seite 57

Organe

Aufsichtsrat

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer: Frau Susanne Roll

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2005

Gewinn- und Verlustrechnung

Seite 59

Seite 60

Fortsetzung **GTC - Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH**

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis	EUR
Stadt Gummersbach	416.750
Oberbergischer Kreis	25.600
Industrie- und Handelskammer zu Köln, Zweigstelle Oberberg	2.600
Albert Ackermann GmbH & Co. KG	10.250
EBI Elektro Bremicker, Installationstechnik	2.600
Herr Lothar Bühne	2.600
Herr Guido Clemens	5.150
Cramer & Herling	2.600
Degner Bauunternehmung GmbH	2.600
Deutsche Bank AG, Filiale Gummersbach	7.700
Dresdner Bank AG, Filiale Gummersbach	2.600
Ferchau Konstruktion GmbH	2.600
Gasgesellschaft Aggertal mbH	12.800
Hans Berger KG	5.150
Eugen Haas Büro GmbH & Co. KG	5.150
Otto Kind AG	5.150
Delphi Automotive Systems Deutschland GmbH	5.150
Merten GmbH & Co. KG	10.250
Herr Michael Metgenberg	2.600
DHPG Müller, Tombers & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft	5.200
Rötzel & Braunschweig GmbH & Co. KG	5.150
Rothstein Vitrinen GmbH	5.150
SABO-Maschinenfabrik GmbH	5.150
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	51.150
Steinmüller Förderzentrum Gummersbach für Aus- und Weiterbildung gGmbH	12.800
Herr Prof. Dr. Friedrich Wilke	2.600
Volksbank Oberberg eG	5.150
Lenneper GmbH & Co. KG	2.600
Stromversorgung Aggertal GmbH	12.800
KSK Kapitalbeteiligungen Holding GmbH	51.150
Stadt Bergneustadt	2.600
Gemeinde Engelskirchen	2.600
Gemeinde Lindlar	2.600
Gemeinde Marienheide	2.600
Gemeinde Morsbach	2.600
Gemeinde Reichshof	2.600
Stadt Waldbröl	2.600
Stadt Wiehl	2.600
WEG-Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	2.600
BEW-Bergische Energie- und Wassergesellschaft mbH	7.700
Aggerverband	5.150
Bunge & Partner Unternehmensberatung GmbH	<u>2.500</u>
	<u>727.550</u>

Die Sparkasse Gummersbach - Bergneustadt hat sich mit einer Einlage von rd. 256 T€ als stiller Gesellschafter an der Gesellschaft ab 01.01.2001 beteiligt. Die Einlage wurde in Form einer Sondertilgung des Darlehens der Sparkasse vorgenommen.

Fortsetzung **GTC - Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH**

Aufsichtsrat

Aufsichtsrat-Vorsitzender

Frank Helmenstein
Bürgermeister der Stadt Gummersbach

Stellvertreter

Rainer Lessenich
Geschäftsführer der IHK zu Köln, Zweig-
stelle Oberberg

Stimmberechtigte Mitglieder Stadt GM

Peter Thome
Beigeordneter der Stadt Gummersbach,
Werksleiter Stadtwerke Gummersbach

Stellvertreter

Hans-Egon Häring
Stadtverordneter

Jakob Löwen
Abteilungsleiter Produktentwicklung der Fir-
ma ISE Bergneustadt

Hans-Friedrich Schmalenbach
Sachgebietsleiter beim Finanzamt
Gummersbach

Stimmberechtigtes Mitglied OBK

Hagen Jobi
Landrat des Oberbergischen Kreises

Stellvertreter

Jochen Hagt
Geschäftsführer der Oberbergischen
Aufbau GmbH

**Stimmberechtigte Mitglieder der
übrigen Gesellschafter**

Frank Grebe
Vorstandsmitglied der Sparkasse Gummers-
bach-Bergneustadt

Stellvertreter

Bernd Nürnberger
Geschäftsführer der KSK-
Beteiligungsgesellschaft GmbH

Rainer Lessenich
Geschäftsführer der IHK zu Köln, Zweigstelle
Oberberg

Heinz Ferchau
Geschäftsführer der Ferchau Konstrukti-
on GmbH

Klaus Engelbertz
Geschäftsführer der Stromversorgung Ag-
gertal GmbH

Hans-Georg Hahn
Geschäftsführer der Steinmüller Förder-
zentrum Gummersbach GmbH

Gründer- und TechnologieCentrum
Gummersbach GmbH

Bilanz

AKTIVA	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.047	4.167	3.251
Sachanlagen	1.689.996	1.733.235	1.783.035
Umlaufvermögen			
Vorräte	80	150	150
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	84.076	59.456	70.965
Bankguthaben	18.424	66.524	48.071
Rechnungsabgrenzungsposten	553	669	1.241
	1.795.175	1.864.201	1.906.712
PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	727.550	727.550	727.550
Gewinn-/Verlustvortrag	-236.565	-209.318	-175.607
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-23.320	-27.246	-33.712
Einlagen stiller Gesellschafter	255.646	255.646	255.646
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.224	0	0
Rückstellungen	41.350	22.340	9.680
Verbindlichkeiten			
gegenüber Kreditinstituten	993.857	1.032.831	1.067.869
aus Lieferung und Leistung	18.710	28.367	13.253
sonstige Verb.	3.265	17.303	13.470
Rechnungsabgrenzungsposten	11.458	16.729	28.563
	1.795.175	1.864.201	1.906.712

Auszug aus dem Lagebericht 2005:

Zum Stichtag 31.12.2005 wurden insgesamt 67 Unternehmen im GTC angesiedelt. In der Zeit sind 335 direkte Arbeitsplätze entstanden. Per 31.12.2005 waren 19 Unternehmen mit 88 Arbeitsplätzen im GTC angesiedelt. Der Belegungsstand lag am Stichtag bei 84 %, im Jahresdurchschnitt bei 75 %. Das Absinken des Belegungsstandes war kalkuliert, da ein großes Unternehmen im Gewerbegebiet Windhagen-West gebaut hat und nach 5 Jahren ausgezogen ist.

Gründer- und TechnologieCentrum
Gummersbach GmbH

GuV

AKTIVA	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR	31.12.2003 EUR
Umsatzerlöse	356.176	363.499	398.381
sonstige betriebliche Erträge	89.694	64.860	57.539
Personalaufwand	200.086	211.025	236.391
Abschreibungen	52.042	52.605	57.398
sonstige betriebliche Aufwendungen	202.517	167.847	162.781
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	885	906
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	54.986	70.799	74.758
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-63.762	-73.031	-74.503
sonstige Steuern	0	0	4.430
Erträge aus Verlustübernahme	40.442	45.785	45.222
Jahresfehlbetrag	-23.320	-27.246	-33.712

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
Anlagenintensität	94,3%	93,2%	93,7%
Eigenkapitalquote	40,3%	40,1%	40,6%
Fremdkapitalquote	58,9%	59,1%	57,9%
Personalaufwandsquote	56,2%	58,1%	59,3%
Abschreibungsaufwandsquote	14,6%	14,5%	14,4%
Umsatzrentabilität	negativ	negativ	negativ
Durchschnittliche Auslastung	75,0%	90,0%	90,0%
Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	5,00	6,00	6,00

Nach § 22 des Gesellschaftsvertrages sind der *Oberbergische Kreis*, die *Städte Gummersbach, Bergneustadt, Wiehl* und *Waldbröl*, die *Gemeinden Engelskirchen, Lindlar, Marienheide, Morsbach* und *Reichshof* sowie die *WEG Wipperfürth* verpflichtet, Verluste nach einem bestimmten Modus bis 205 T€ (TDM 400) auszugleichen. Im Innenverhältnis erfolgt der Ausgleich 5:1:1 zwischen der *Stadt Gummersbach*, dem *Oberbergischen Kreis* und den übrigen *Städten und Gemeinden*.

Hhst.: 7910.7170.3 Defizitabdeckung GTC :	2000	- €
(Rechnungsergebnisse)	2001	23.513 €
	2002	3.310 €
	2003	14.148 €
	2004	6.460 €
	2005	6.541 €

Naturarena Bergisches Land GmbH (unmittelbare Beteiligung)

Eichenhofstr. 31
51789 Lindlar

Telefon: 0 22 66 – 463 377
Telefax: 0 22 66 – 463 3737
E-Mail: naturarena@bergischesland.de

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus auf den Gebieten des Oberbergischen Kreises und Rheinisch-Bergischen Kreises.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 25.000 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis:

Oberbergischer Kreis	7.500 €	=	30 %
Rheinisch Bergischer Kreis.	7.500 €	=	30 %
Rhein Berg Tourismus e. V.	5.000 €	=	20 %
Touristik-Verband Oberbergisches Land e. V.	5.000 €	=	20 %

Das erste Geschäftsjahr bis zum 31.12.2005 ist ein Rumpfgeschäftsjahr.
Der *Oberbergische Kreis* zahlt laut Gesellschaftsvertrag einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von 55.000 € (vgl. Hhst. 7900.7101.9).

Organe

Geschäftsführung Vera Schmidt (kommissarisch)
Gabi Wilhelm (kommissarisch)

Gesellschafterversammlung

Sonstiges

Bilanz Nicht abgedruckt
Gewinn- und Verlustrechnung Nicht abgedruckt

Standortmarketing Region Köln/Bonn GmbH *(mittelbare Beteiligung)*

Ottoplatz 1
50679 Köln

Telefon: 0221-92547711
Telefax: 0221-92547719
E-Mail: info@standortmarketing-koeln-bonn.de

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist zum einem die wettbewerbsfähige Positionierung der Region im Vergleich zu anderen Standorten (regionales Standortmarketing). Hierzu gehören insbesondere die Aufgabenfelder: Entwicklung und Vermarktung eines internationalen Standortprofils; Bündelung und Abstimmung bestehender sowie Entwicklung regionaler Standortmarketingansätze; Förderung des Austausches zwischen Wissenschaft und Wirtschaft; Initiierung von Netzwerken in Abstimmung mit regionalen Partner; Aufbau eines Netzwerkes mit strategisch interessanten europäischen Regionen.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 25.000 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis:

Verein Region Köln/Bonn e.V. *	10.000 €	=	40 %
Verein Wirtschaftsinitiative Köln/Bonn e.V.	10.000 €	=	40 %
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Sparkassen	5.000 €	=	20 %

* Der **Oberbergische Kreis** ist Mitglied des Vereins Region Köln/Bonn e.V.
Insofern besteht „nur“ eine mittelbare Beteiligung an der o.g. Kapitalgesellschaft.

Organe

Geschäftsführung Fr. Katrin Rüffer (Bereich Standortmarketing)
Hr. Dr. Reimar Molitor (Bereich REGIONALE 2010)

Gesellschafterversammlung
Ausschuss für Regionales Standortmarketing
Ausschuss für REGIONALE 2010

Sonstiges

Bilanz Nicht abgedruckt
Gewinn- und Verlustrechnung Nicht abgedruckt

Steinmüller-Förderzentrum Gummersbach für Aus- und Weiterbildung gGmbH *(unmittelbare Beteiligung)*

Rospestr. 1
51643 Gummersbach
Telefon: (0 22 61) 2 90 26 30
Telefax: (0 22 61) 91 25 70

E-mail: info@steinmueller-
foerderzentrum.de
Internet: www.steinmueller-
foerderzentrum.de

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherung und Fortführung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Kreismitte.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital	25.000 €		
Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis			
Oberbergischer Kreis	1.250 €	=	5 %
Stoltenberg-Lerche Stiftung für berufliche Weiterbildung, Gummersbach	9.000 €	=	36 %
Steinserv Steinmüller Serviceleistungen GmbH	12.250 €	=	49 %
Stadt Gummersbach	2.500 €	=	10 %

Mit Wirkung vom 13.04.2005 wurden Anteile des Gesellschafters *Schmidt & Clemens GmbH & Co. KG (S+C)* im Nominalwert von 2.500 Euro von der *Stoltenberg-Lerche Stiftung* übernommen. Die Gesellschaft *Schmidt & Clemens* schied damit aus dem Gesellschafterkreis aus.

Organe

Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung
Beirat

Geschäftsführer: Hans Georg Hahn,
Stefan Brüninghaus

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2005
Gewinn- und Verlustrechnung

Seite 64
Seite 65

Steinmüller-Förderzentrum Gummersbach gGmbH **Bilanz**

AKTIVA	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
	EUR	EUR	EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenst.	3.689	444	1.534
Sachanlagen	602.939	624.542	80.230
Finanzanlagen	185.001	185.001	185.001
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	108.113	102.061	54.610
Bankguthaben	975	13.890	11.682
Rechnungsabgrenzungsposten	2.161	1.798	9.716
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbefund	173.317	183.428	156.199
Bilanzsumme	1.076.194	1.111.164	498.972

PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
Verlustvortrag	-208.428	-181.199	4.648
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	10.111	-27.229	-185.847
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbefund	173.317	183.428	156.199
Rückstellungen	25.839	103.989	157.280
Verbindlichkeiten			
gegenüber Kreditinstituten	928.990	946.331	285.392
aus Lieferung und Leistung	32.762	18.162	6.775
gegenüber verb. Unternehmen	4.500	4.500	0
sonstige Verb.	75.806	30.128	45.874
Rechnungsabgrenzungsposten	8.298	8.053	3.650
Bilanzsumme	1.076.194	1.111.164	498.972

Der Oberbergische Kreis ist am Steinmüller Förderzentrum Gummersbach beteiligt. Zur Abdeckung möglicher Anlaufverluste sind maximal 102.258 € (bis zum 08.06.2003) eingeplant worden. Die Summe der Rechnungsergebnisse von 2000 bis 2004 beträgt 71.454 €.

Die Gesellschaft weist in der Bilanz einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbefund aus. Die Überschuldung wird aufgrund einer positiven Fortführungsprognose unter Berücksichtigung von stillen Reserven im Anlagevermögen, sowie die durch die Stoltenberg-Lerche Stiftung gestellte Sicherheit i. H. v. 600 T€ beseitigt.

Steinmüller-Förderzentrum Gummersbach gGmbH

GuV

	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse	1.076.949	1.138.595	1.186.819
andere aktivierte Eigenleistungen	2.859	13.560	0
Sonstige betriebliche Erträge	37.681	94.548	4.963
Materialaufwand	73.195	137.413	218.636
Rohergebnis	1.044.294	1.109.290	973.146
Personalaufwand	622.930	663.476	728.189
Abschreibungen	41.493	38.589	30.936
sonstige betriebliche Aufwendungen	320.405	395.061	499.361
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	49.281	39.392	21.344
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.185	-27.229	-306.681
Sonstige Steuern	74	0	72
Erträge aus Verlustübernahme	0	0	120.906
Jahresüberschuss	10.111	-27.229	-185.847

durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	18	15	nicht bekannt
------------------------------------	----	----	---------------

Sonstige Beteiligungen

Unternehmen/Einrichtungen, an denen der Oberbergische Kreis mit unter 1 v. H. beteiligt ist:

- Verband der kommunalen RWE Aktionäre (VKA)
- Gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaft eG Bergneustadt (GeWoSie)
- Gemeinnützige Baugenossenschaft eG Ränderoth
- GWG Wohnungsbaugenossenschaft Radevormwald eG
- Volksbank Meinerzhagen eG
- Volksbank Oberberg eG Wiehl
- Volksbank Wipperfürth-Lindlar eG

